Das Orakel aus der Roten Flora

Juli/August 2012 | Nummer 169



# zeck

Schanzenfest 2012

*Mensch Michael, die vom BKA hatten doch recht mit dem iranischen Metaphysiker ....*

Vorwort

Liebe Leutchen,

wir haben reichhaltige Post erhalten. Vielen Dank. Vielen Dank selbstverständlich auch für die Spenden ; )

In einem Schreiben wurden wir von Markus-1981-nicht-„über-ein-Jahr-im-Knast“-gewesenen-Mohr (Selbstbezeichnung) aufgefordert, seine Gegenstellungnahme zu veröffentlichen. In der letzten Ausgabe hatten wir einen Beitrag vom Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen, Hamburg, aufgenommen (Zeck 168, Seite 9). Wir hatten den Beitrag zugesendet bekommen und 1:1 übernommen. Insofern trifft auch die Erkenntniss wir hätten inhaltliche Veränderungen an dem Artikel vorgenommen nicht zu! Dass wir versäumt haben, den darin genannten Namen abzukürzen oder zu löschen war allerdings ein Fehler unsererseits. Persönliches Bashing und die Veröffentlichung von Namen aus der eigenen Szene unterstützen wir eigentlich nicht, das war tatsächlich eine Ungenauigkeit und es tut uns leid!

Weiterhin haben wir den Text „Anmerkung zur Zeck 167/168“ aufgenommen. Ehrlich gesagt, finden wir den wirr. Wir möchten in diesem Rahmen unseren Ordner im Infoladen Schwarzmarkt wieder aktivieren, um demnächst dort Texte zu speichern, die wir nicht veröffentlichen wollen, sei es weil wir sie unsinnig finden, weil sie zu lang sind oder sie aus anderen inhaltlichen Gründen von uns abgelehnt werden. Wir werden dann hier kurz erwähnen welche Artikel sich im Ordner befinden, wo ihr selbige dann nachlesen könnt.

Ansonsten findet ihr Artikel zum 02.06. , zum Castor, etliche Dokus..............aber schaut doch einfach selber aufs Inhaltsverzeichnis!

So, da der Sommer ja bis jetzt ein einziges kühles Regenloch ist, bleibt nur sich durch Aktivitäten warm zu halten. Wir warten also auf die Berichte in der nächsten Ausgabe und hoffen das SCHLAND noch im Halbfinale die Köfferchen packt und dem patriotischen Taumeln einen Nackenschlag versetzt.

Bis dann,

die Zeck-Redaktion

Deadline wie immer: 20. 8.2012

**Inhalt** **Seite**



## Impressum


V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Selbstverlag.

## Autonome VV
## So 15.07. 20 Uhr
## Rote Flora
## Thema: Anti-Mill

####################################

## Brandanschlag auf „Unser Haus“ / Café Flop

In der Nacht vom 20.06. auf den 21.06. wurde ein Brandanschlag auf das alternative Zentrum ‚Unser Haus' in Bergedorf verübt.
In der Nacht vom 20.06. auf den 21.06. wurde ein Brandanschlag auf das alternative Zentrum ‚Unser Haus' in Bergedorf verübt.
Unbekannte setzten hierbei im Garten befindliche Couchs, einen Tisch und Stühle in Brand. Die Pergola wurde stark beschädigt, auf das Haus selbst ist das Feuer zum Glück nicht übergesprungen. Verletzt wurde niemand.
Über die Täter_Innen kann bisher nur spekuliert werden. Jedoch kam es um den 02.06. in Hamburg wieder verstärkt zu Aktionen und Übergriffen der ortsansässigen Neonazis. So wurden im ganzen Stadtteil vermehrt Naziaufkleber gesehen (und entfernt), zudem wurden mehrere alternativ aussehende Menschen beleidigt und angegriffen, in zwei dieser Fälle gab es leicht Verletzte auf beiden Seiten.
Das Haus selbst ist seit seiner Existenz immer wieder Anschlagsziel für die Bergedorfer Faschist_Innen, doch seit 2010, selbst nach dem Zuzug von Thomas ‚Steinar' Wulff, konnte die Naziszene keine nennbaren Aktionen mehr vorweisen.

####################################

## Hotel am Kalkberg in Bad Segeberg - Räumung und Abriss stehen bevor

Liebe Freundinnen und Freunde des HaK,
wir müssen euch leider die traurige Botschaft übermitteln dass die PolitikerInnen der Bad Segeberger Stadtvertreterversammlung das Ergebnis des Gerichtsverfahrens in Kiel nicht mehr abwarten wollen. Sie stimmten mit einer einzigen Gegenstimme für die sofortige Räumung und den Abriss des Gebäudes.
Eine Vertreterin der HaK-Mütterinitiative wäre eventuell bereit 15.000 € Sicherheitsleitung zu hinterlegen und so einen Abriss vor dem nächsten Verhandlungstermin zu verhindern.
Wir hoffen noch immer eine langfristige Lösung für ein Alternativgebäude finden zu können und sind zu Gesprächen mit VertreterInnen der Stadt nach wie vor bereit.
Es kann nicht sein dass in einer Kreis- und Kulturstadt, die Bad Segeberg nun mal ist, alle niedrigschwelligen und unkommerziellen Angebote für Jugendliche sytematisch abgebaut werden (Skateranlage, Jugendkulturzentrum, legale Grafitti-Flächen, etc.).
Jugendkulturarbeit ist auch Präventionsarbeit gegen
Gewalt, Drogen, Rechtsextremismus, Vereinzelung, u.s.w.
Die Stadt Bad Segeberg macht hier zur Zeit genau dass Gegenteil und schafft so die katastrophalen Grundlagen für Zustände wie sie Anfang bis Mitte der 1990´er Jahre in der Segeberger Innenstadt herrschten…
Aber das merken die Damen und Herren wahrscheinlich erst wenn das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist.
Herzlichen Dank!

####################################

## Anquatschversuch

Vor kurzem kam es in Hamburg zu einem erfolglosen Anquatschversuch durch Mitarbeiter einer Repressionsbehörde, den wir hier dokumentieren wollen:
Zwei Männer, beide mit Hemd und Sonnenbrille und zwischen 45 und 50 Jahre alt, warteten im Auto vor der Tür der betroffenen Person und beobachteten Zeitung lesend des Wohnhaus. Nach ungefähr einer Stunde klingelte einer der beiden (graue Haare), woraufhin ihm aber nicht geöffnet wurde. Anschließend stiegen beide wieder ins Auto und fuhren weg. Eine halbe Stunde später stand das Auto wieder vor der Tür, jedoch nur mit einem der beiden. Der andere mit den grauen Haaren kam wenig später mit Essen nach und beide warteten wieder Zeitung lesend und das Wohnhaus beobachtend im Auto. Kurze Zeit später konnte die betroffene Person unbehelligt das Wohnhaus verlassen, wurde bei der Rückkehr allerdings von einem der beiden Männer mit vollem Namen begrüßt, woraufhin sie schnell das Haus betrat und sich so einem Gespräch entziehen konnte. Weitere Aktionen seitens der Männer sind nicht bekannt.
Bei dem Auto handelt es sich um einen schwarzen Mercedes, bei dem das Kennzeichen nicht genau feststeht.

Immer wieder werden Leute aus linken Zusammenhängen von Mitarbeiter*innen staatlicher Repressionsorgane angesprochen, mal mit dem Ziel eines vermeintlich unverfänglichen Gesprächs, einer gezielten Informationsweitergabe oder mit der Option einer längeren Zusammenarbeit.

Es ist immer der Versuch der Einschüchterung und Verunsicherung Einzelner und auch ein Versuch, die Zusammenhänge zu spalten. Es handelt sich dabei keineswegs um die Schuld der angequatschten Person. Wichtig ist, dass diese Versuche an eure Zusammenhänge und darüber hinaus an die Öffentlichkeit weiter gegeben werden. Denn meistens bleibt es nicht bei einem Versuch, an Informationen zu gelangen. Macht andere darauf aufmerksam, dass ihr nicht alleine seid. Den staatlichen Repressionsorganen ist es zudem unlieb, wenn sie so Aufmerksamkeit auf sich ziehen, sie möchten im Hintergrund agieren.
Allgemein haben zum Beispiel die Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes nur die Möglichkeit, Druck auf die Personen auszuüben, sie haben aber keine rechtlichen Möglichkeiten, dich zu einer Zusammenarbeit zu zwingen.

Deshalb redet mit Freund*innen, Bekannten und Genoss*innen über den Anquatschversuch. Es ist besonders wichtig, einen offenen, vertrauensvollen und solidarischen Umgang miteinander zu wahren.

Sagt nichts und lehnt jedes Gespräch konsequent ab, denn jede weitergegebene Information ist der Anfang eines Puzzles. Denkt nicht, den VS durch ‚nichtige' Informationsweitergabe täuschen oder überli-

# "Kapitalismus, Krise, Widerstand: Schanzenfest auf Griechisch"

Das Straßenfest im Schanzenviertel am 25.8.2012 steht unter dem Motto der Proteste, Streiks und Aufstände gegen soziale Kürzungen in Griechenland. Mit dem Fest soll Solidarität gezeigt und Geld gesammelt werden zur Unterstützung von antirassistischen sozialen Bewegungen und Menschen, die von Repression betroffen sind. Von den Ständen auf dem Schanzenfest wird zu diesem Zweck eine solidarische Spende erwartet.

Alle sind eingeladen, das Schulterblatt zum Syntagma-Platz zu machen. Wir wollen mit diesem Motto nicht die Riots aus Athen reproduzieren und zum Selbstzweck erheben, sondern Protest und selbstbestimmtes unkommerzielles Feiern gegen eine EU-Politik, der die ökonomische Wertschöpfung wichtiger ist als die Lebensbedingungen der Menschen. Dies bedeutet für uns mehr als Ouzo und Tsatsiki, Rembetiko oder griechischer Punk: Eine inhaltliche und politische Veranstaltung jenseits von Kommerzkultur, mit der wir an politische Kampagnen und antikapitalistische Proteste anknüpfen.

Von Bild bis Spiegel wird gehetzt: "Die Griechen" seien faul, lebten auf unsere Kosten und sollten sich deutsche Tugenden aneignen. In Wahrheit profitieren die reichen EU-Länder und insbesondere Deutschland in dieser Krise von zusätzlichen Einnahmen durch hohe Zinsen für gewährte Kredite. Gleichzeitig können diese sich selbst billiges Geld leihen, durch höhere Attraktivität und Nachfrage am Kapitalmarkt aufgrund hoher Ratings.

Darüber hinaus schuldet Deutschland Griechenland immer noch immense Entschädigungszahlungen aufgrund von Kriegsverbrechen im Nationalsozialismus. Ein Bild, das Deutschland zum Opfer griechischer Verhältnisse erklärt, leugnet die historische Verantwortung zum Beispiel für Erschießungen und Hinrichtungen der Zivilbevölkerung. Betroffene werden bis heute nicht entschädigt und in Rechtlosigkeit versetzt.

Krisen sind für uns unabdingbare Konsequenzen aus den Widersprüchen des Kapitalismus. Deshalb helfen auch keine der gängigen Strategien - weder der neoliberale Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes noch nationalistische Starker-Staat-Modelle - sie zu beenden oder zu vermeiden. Ebenso wenig aber bringt Krise automatisiert Widerstand und emanzipatorische Bewegung hervor. Es gibt immer auch reaktionäre Antworten auf Krisensituationen; nicht nur „von oben" in Form verschärfter Repression, sondern genauso „von unten" in Gestalt von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Was sich in Griechenland vollzieht, ist ein Modellprojekt, das in seiner Bedeutung über dieses Land hinausgeht. Löhne werden halbiert, jede dritte Firma in Griechenland bezahlt ihren Beschäftigten gar keinen Lohn mehr, im Bildungsbereich fehlt es am Nötigsten wie Geld für Bücher, Obdachlosig-



keit und Armut haben massiv zugenommen. Der Angriff der Politik und des Marktes bedroht die Lebensgrundlagen der Menschen. Gleichzeitig nehmen Proteste und Streiks zu. Griechenland in der Krise ist auch ein Ort des Aufbruchs, in dem sich Menschen neu organisieren, die Frage nach Gesellschaft neu stellen und an der Möglichkeit einer anderen, besseren Welt arbeiten.

Wir können von unseren Kämpfen gegenseitig lernen: Wenn sich Kämpfe in Griechenland gegen die Zwänge des Kapitalismus, die zum Naturgesetz erklärt werden, richten oder auch eine Politik angegriffen wird, die die Krise verwaltet und dafür sorgt, dass diejenigen, die reich sind, reicher werden und diejenigen, die ärmer sind, arm bleiben. Wir können uns in Beziehung dazu setzen, wenn wir ihren Kampf zu unserem machen und einen Zusammenhang mit der kapitalistischen Krisenhaftigkeit und den Verhältnissen hier vor Ort herstellen. Dies bedeutet für uns kein unkritisches Abfeiern griechischer Bewegung, sondern immer auch den Blick auf Brüche und Widersprüche.

Aus der Praxis von über zwanzig Jahren Stadtteilarbeit wissen wir, dass Herrschaftsverhältnisse nicht nur von oben nach unten verlaufen, sondern auch kreuz und quer und durch uns hindurch. Umso wichtiger ist es, sich angriffslustig zu positionieren und gleichzeitig die Verhältnisse, sich selbst und die eigene Rolle darin zu hinterfragen. Wir werden niemals 99% sein. In besseren Tagen sind wir aber 1% Widerstand, der sich verbreitert, sperrig bleibt und jene Lebendigkeit entwickelt, die schon immer in eruptiver Weise aus dem Unrealistischen und Nichtdenkbaren neue Realitäten hervorgebracht hat und den Blick auf ein ganz anderes Ganzes eröffnet.

Dies wird und kann nur gelingen, wenn wir immer wieder bereit sind, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, um kritische und solidarische Blickwinkel einzunehmen. Im Stadtteil, in unserem Widerstand gegen Gentrifizierung, in den Protesten gegen die Krisen der Welt oder beim Feiern auf jenen Straßen und Plätzen, deren Namen immer öfter zu Orten und Synonymen des Aufbegehrens gegen die kalte Sachlichkeit der kapitalistischen Normalität werden. Mit einer beeindruckenden Spendensammlung, Kultur und Info zum Thema Griechenland kann dies auch die Normalität des immer größer und kommerzieller gewordenen Schanzenfests durchbrechen und unsere Kämpfe mit denen in Griechenland und anderen weltweit verbinden.

**Von der Krise zum globalen Widerstand!**
**Gegen die Zwänge und Diktate der Ökonomie!**
**Kapitalismus abschaffen!"**



# AUSWERTUNGS-PAPIER

Die Demonstration vom 28. Januar 2012 werten wir als Erfolg. Wir haben es geschafft, innerhalb von sechs Wochen ein großes, überregionales und linksradikales Bündnis auf die Beine zu stellen. Dabei beziehen wir uns nicht nur auf die überraschend große Zahl von etwa 2000 Teilnehmer_innen an der Demonstration, sondern auch auf die Zusammenarbeit im Bündnis, das sich in seiner Vielfältigkeit einig war über die Notwendigkeit der Anklage und Kritik der deutschen Verhältnisse. Die Demonstration war inhaltlich mit elf Redebeiträgen von verschiedenen Gruppen zu unterschiedlichen Themen sehr breit aufgestellt. Diese können auf unserem Blog http://dertodisteinmeisteraus.de abgerufen werden. Es gab ein breites Medienecho, wenngleich beispielsweise die taz sich herausnahm, unsere Forderung nach der Auflösung Deutschlands unter den Tisch fallen zu lassen.

Der Aufruf zu der Demonstration wurde sowohl von Hamburger Gruppen als auch von Gruppen und Zusammenhängen aus anderen Regionen unterschrieben. Dass sich eine große Anzahl Unterstützer_innen für die Demonstration fand, die nicht als Unterzeichner_innen des Aufrufs auftraten, sehen wir als Stärke. Nicht das Bekenntnis zu einem Aufruf finden wir entscheidend, sondern die Unterstützung der Demonstration. Dabei sind die Gründe für die Nichtunterzeichnung so verschieden wie die entsprechenden Gruppen und Zusammenhänge. Uns freut, dass es neben dem Aufruf des Bündnisses vier weitere Aufrufe von Kritikmaximierung Hamburg, der McGuffin Foundation, den „Autonomen Gruppen" sowie der FAU Hamburg gab, die andere Schwerpunkte setzten, ohne die Ausrichtung der Demonstration beliebig werden zu lassen. Das zeigt, welch hoher Stellenwert Protesten zu diesem Thema beigemessen wurde.

Wir verstehen die Demonstration als Ausdruck unserer Wut über die Nazi-Morde, als Anklage an die Staatsorgane und die gesellschaftlichen Verhältnisse und als Absage an Deutschland. Sie kam als eine der wenigen öffentlichen Reaktionen aus der radikalen Linken viel zu spät. Es scheint, als hätten sich viele Linke erst nach Monaten aus einer Schockstarre lösen, die Vorgänge begreifen und einordnen können. Wie sonst ist eine solche Phase der Tatenlosigkeit zu diesem Thema zu erklären?

Wir haben bewusst von vornherein eine Demonstration mit einem linksradikalen Ausdruck und Inhalt angestrebt, in dem Wissen, dass vor allem die Forderung nach einer Abschaffung Deutschlands viele mögliche Teilnehmer_innen und Organisationen abschrecken könnte. Wir sind davon überzeugt, dass in der Vergangenheit viel zu häufig wichtige radikale Forderungen aus taktischen Überlegungen zurückgehalten wurden. Daher haben wir auch die bewusste Entscheidung getroffen, nicht mit allen Gruppen zusammenarbeiten zu wollen. Dabei freuen wir uns über die vielfache individuelle Entscheidung, sich an dieser Demonstration zu beteiligen. Der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus ist in Deutschland nur mit dem Kampf gegen Deutschland möglich. Alles andere führt zum Bestreben nach einem reformierten, einem „besseren" Deutschland. Dass es das nicht gibt und nicht geben wird, haben über 20 Jahre „Deutsche Einheit" unter Beweis gestellt. Die völkische Formierung des Deutschen bringt aus sich immer wieder Rassismus und Antisemitismus hervor. Wir freuen uns in diesem Zusammenhang, dass es bei allen Differenzen zwischen den beteiligten Gruppen und Einzelpersonen und trotz aller Schwierigkeiten, die Bündnisarbeit mit sich bringt, ein Bündnis mit einem solchen Konsens und solcher inhaltlichen Radikalität geben konnte. Das ist für Hamburger Verhältnisse eine neue Qualität und schafft eine neue Perspektive für Organisation in Hamburg. Unsere Erfahrungen geben wir gerne an interessierte Gruppen weiter.

Ein Alleinstellungsmerkmal der Demonstration ist der Umstand, dass diese, wenn auch mit einer abweichenden Route, durch die Innenstadt gehen konnte. In den letzten Jahren hatte es die Hamburger Polizei unabhängig von der politischen Zusammensetzung des Senats stets verstanden, linke und linksradikale Demonstrationen durch die Innenstadt durch Wanderkessel, Aufstoppen und eine Eskalation der Gewalt zu unterbinden. Auch uns war es nicht möglich, auf der Mönckebergstraße zu demonstrieren. Das ist eine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, die nicht hinzunehmen ist.
Von einer Klage wurde zu dem Zeitpunkt aus zweierlei Bedenken Abstand genommen. Es gab sowohl die Einschätzung vor Gericht nicht gewinnen zu können, als auch diejenige, dass selbst eine gewonnenes Verfahren nicht zu einer Demonstration auf der Mönkebergstrasse führen würde. Für diesen Gerichtsgang Gelder aufzustellen erschien uns in dem Moment als eine zu große Zusatzbelastung. Diese Einschätzung relativiert sich aus heutiger Sicht jedoch.

Am 28. Januar hat sich die Hamburger Polizei deutlich zurück gehalten. Über die Gründe dafür können wir nur spekulieren – letztlich ist das Vorgehen der Polizei gegen ihr Feindbild „links" niemals ganz nach-

zuvollziehen. Zum einen haben aber die Brisanz der NSU-Morde und die öffentlichen Debatten über die Verstrickung der deutschen Geheimdienste, allen voran des Verfassungsschutzes, zum Zeitpunkt der Demonstration sicher einen großen Druck auch auf die Hamburger Polizei aufgebaut. Anscheinend war ein hartes Vorgehen gegen eine Demonstration, die dies thematisiert, nicht im Interesse der Polizeiführung. Inwiefern der neue Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch, der zum Zeitpunkt der Demonstration erst zehn Tage im Amt war, zu einem entspannten Vorgehen der Polizei beitrug, muss offen bleiben. Aufgrund unserer Entscheidung, unseren Protest dezidiert in die Mitte dieser Gesellschaft tragen zu wollen, haben wir zudem einige taktische Überlegungen angestellt und intensive Pressearbeit betrieben, um den öffentlichen Druck auf die Polizeiapparate zu erhöhen. Wir hoffen, dass unsere Pressemitteilung und die Medienberichterstattung über die verbotene Route durch die Mönckebergstraße im Vorfeld der Demonstration einiges dazu beigetragen hat, dass wir überhaupt in die Nähe des Rathauses kamen. So hatten wir die Möglichkeit unseren Protest über Jungfernstieg und Gänsemarkt zu einem Teil der Adressat_innen zu tragen: der Mehrheitsgesellschaft. Dort, wo der Alltagsrassismus unreflektiert grassiert, das deutsche Volk für eine Naturtatsache gehalten wird und Rassismus und Antisemitismus nur bei „den Nazis“ verortet werden.

Eine zweite sehr erfreuliche Besonderheit dieser Demonstration ist, dass es seit langem die erste größere linksradikale Bündnisdemonstration in Hamburg war, bei der es keine Angriffe auf die gezeigten Israel-Fahnen gab. Es gab lediglich eine Beschwerde über eine Israelfahne im ersten Block. Vor dem Hintergrund der Geschichte der Hamburger Linken der letzten Jahre kann durchaus von einem Fortschritt gesprochen werden. Das ist umso erfreulicher, als wir den Eindruck haben, dass der Grund für diese Veränderung darin liegt, dass immer mehr Menschen sich damit auseinandersetzen, warum die Fahne des jüdischen Staates auf einer Demonstration gegen deutsche Zustände sinnvoll ist. Israel ist nicht nur, aber auch eine Konsequenz aus der deutschen Geschichte, aus deutschem Vernichtungswahn und Antisemitismus. Israel ist der Staat, der es Jüdinnen und Juden ermöglicht, ihren Schutz selbst zu organisieren. Dass dieser nach wie vor nötig ist, zeigt sich gerade in Deutschland jeden Tag aufs Neue. Die Tiraden von ex SS-Mann und linkem Shootingstar Günter Grass sind nur der aktuellste Beweis für die Tatsache, dass der Hass auf Juden und den jüdischen Staat sich in Deutschland zwar wandelt, aber nicht verschwindet.

Ein Vorwurf, der uns im Vorfeld wie der Nachbereitung der Demonstration öfter gemacht wurde, war der, eine „rein weiße Kartoffeldemo“ organisiert zu haben. Auch wenn uns nicht immer klar geworden ist, aus welchem Grund uns dieser Vorwurf jeweils gemacht wurde, so trifft diese Kritik doch ein Problem. Uns ist bewusst, dass wir uns in einer von bürgerlicher Mittelschicht geprägten, männlich und weiß dominierten Linken bewegen. Eigene Rassismen zu reflektieren, ebenso wie die Ausschlüsse, die die eigene Politik produziert, ist wichtig – wir glauben aber auch, dass Ausschlüsse nicht einfach per Beschluss überwunden werden können. Wir haben im Vorfeld der Demonstration durchaus versucht, unterschiedliche Gruppen anzusprechen und eine möglichst große Heterogenität herzustellen. Diese Versuche waren nicht immer so erfolgreich, wie wir es uns gewünscht hätten, zum Teil ist dies allerdings durch ärgerliche Missverständnisse zu erklären. Das gilt zum Beispiel für das Café Exil, das wir gerne als Teil des Bündnisses begrüßt hätten – nur durch gescheiterte Kommunikation ist zu erklären, dass das nicht so angekommen ist. Ebenso wichtig wie die politische und personelle Heterogenität des Bündnisses war es uns aber, eine radikale Kritik an den deutschen Zuständen zu formulieren, um nicht am Ende als radikale Linke eine deutsche Zivilgesellschaft zu simulieren, die es gerade im Hinblick auf die NSU-Morde nicht gibt. Möglicherweise hat diese politische Ausrichtung Teile der Antira-Szene davon abgehalten, sich unserem Bündnis anzuschließen. Zur Kritik der „Kartoffeldemo“ scheint es wichtig zu sein, noch eins hinzuzufügen: Wer glaubt, nur eine Demonstration gemeinsam mit „Migrant_innen“ (wer immer damit jeweils gemeint sei) setze ein echtes Zeichen gegen Rassismus, konstruiert und reproduziert damit selbst Stereotype und Ausschlüsse, die es doch zu überwinden gälte.

Wie sich die Nazi-Szene und ihre gewalttätige Übergriffe, bis hin zum Mord, weiter entwickeln, ble zu beobachten. Wir versuchen weitere Übergriffe und Anschläge auf unserem Blog zu dokumentieren, um eine Auseinandersetzung aufrecht zu erhalten. Das Morden der Nazis hat sich in den Taten des NSU nicht erschöpft. Das zeigen die Brandanschläge in Meldorf oder der Mord an Burak Bektas in Berlin. Bereits im Februar wurde eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des NSU in Rostock von etwa 30 Nazis attackiert. Das Vorgehen der Ermittlungsbehörden und diverser parlamentarischer Ausschüsse, die demonstrative Nicht-Kooperation der Geheimdienste, das Zurückhalten und Löschen von ermittlungswichtigen Informationen lässt eine umfassende Aufklärung über die Verstrickung der Geheimdienste nicht erwarten. Umso wichtiger finden wir die fortlaufende Dokumentation von Übergriffen und Anschlägen auf unserem Blog.

Zwar gab es mittlerweile ein öffentliches Gedenken, bei dem hochrangige Vertreter_innen der Politik und Angehörige der Opfer sprachen. Diese Veranstaltung bedient sich jedoch der lange eingeübten Praxis des Verdrängens. Die Kontinuität des völkischen Nationalismus, der grassierende Alltagsrassismus, die Verstrickung von V-Leuten in militante Nazi-Strukturen wurden nicht angesprochen. Stattdessen wurde das Bild des toleranten und geläuterten Deutschlands vermittelt. Was noch mehr passieren muss, damit dieses Trugbild kippt, wagen wir uns nicht auszumalen.

# Bericht und Aufruf des EA Hamburg zum 02.06.

Während die Regierungsparteien sich bei „Hamburg bleibt bunt" auf dem Rathausmarkt feierten, knüppelten in ihrem Auftrag die Bullen den Nazis eine Route frei. Rigoros räumten die Bullen diverse Blockaden mit Wasserwerfern, Tonfaeinsatz, Pferdestaffel und Pfeffer und ließen über Stunden über 600 Antifas in einem Kessel stehen. Der zuständige Richter im Amtsgericht Wandsbek verweigerte die von unseren Anwält_innen geforderte Entscheidung über die Rechtmäßigkeit dieses Kessels.
Eine Klage gegen den Kessel wird vorbereitet. Wir suchen daher Leute, die sich darin befanden und ihre Personalien abgegeben haben. Meldet euch bei uns per mail verschlüsselt (Schlüssel ist auf unserer Webseite: ea-hh.org), über unser Postfach im Schwarzmarkt oder kommt Montags Abends ab 19h bei uns vorbei (kurz vorher anrufen 040-43278778).
Die Bullen verletzten zielgerichtet zahlreiche Demonstrant_innen. Einem Rollstuhlfahrer wurde die Hand gebrochen. Mindestens drei Menschen sind durch Tonfaschläge am Kopf so schwer verletzt worden, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mußten. Wir sind besonders an diesen Tonfaschlägen interessiert, da die verboten sind. Meldet euch - über oben genannte Möglichkeiten - bei uns wenn ihr verletzt wurdet. Auch an Bildmaterial auf dem solche Tonfaschläge zu erkennen sind sind wir sehr interessiert.
Ein 15jähriger ist ohne anwaltlichen Beistand dem Haftrichter vorgeführt worden. Da er ohne festen Wohnsitz ist sitzt er nun erstmal im Jugendknast in U-Haft. Eine Anwältin unseres Vertrauens ist mit ihm in Kontakt.
Wie gewöhnlich verhinderte die Polizei die Möglichkeit auf Rechtsbeistand auf der Wache. Konkret wurde zb das Recht zu telefonieren verweigert mit der Begründung, es sei rechtlich nicht nötig.
Noch ein Tipp: Gerade bei großen Kesseln kommt mensch NICHT früher ´raus, wenn die Bullen dich schnell abfertigen, auch wenn sie das gerne behaupten. Wenn du also „freiwillig" durch eine Durchlassstelle der Polizei gehst, gerätst auf jeden Fall in ihre Fänge. Häufig hat es sich bewährt, in einem Kessel abzuwarten. Die Polizei verfügt oft nicht über genügend Kapazitäten und löst den Kessel nach einiger Zeit oft einfach wieder auf.
Der Ermittlungsausschuss (EA) ist bei den meisten Demos/Aktionen in und um Hamburg besetzt und unter der nummer: 040-43278778 erreichbar.
Der EA versucht Rechtsanwält_innen zu vermitteln und zu gewährleisten, dass Menschen nicht spurlos verschwinden, ewig im Knast sitzen etc..
Wenn ihr festgenommen werdet oder Festnahmen beobachtet, meldet euch beim Ermittlungsauschuss!
Der EA ist nicht nur bei Demos und Aktionen, sondern auch beianderen Problemen mit der Polizei ansprechbar wie etwa bei Hausdurchsuchungen. Wir helfen auch bei Fragen rund um polizeiliche Ermittlungen und Anquatschversuchen.

www.ea-hh.org oder ermittlungsausschuss c/o schwarzmarkt, kleiner schäferkamp 46 20357 hamburg



# Krawall für das Leben!

Wenn Neonazis oder andere Faschist_innen öffentlich auftreten oder demonstrieren, ist das immer auch ein willkommener Anlass für die Politik, die Machthabenden, ihre Anhänger_innen und Unterstützer_innen, so ein Event zu nutzen, um ihre ach so tolerante, weltoffene, antirassistische und antifaschistische Moral zu feiern. Fernab von der alltäglichen Realität die sie schaffen, in der Migrant_innen ausgebeutet, verfolgt und abgeschoben werden, in der Nationalismus, Patriotismus und Angst geschürt werden, in der Kontrolle und Fremdbestimmung unsere Leben beherrschen, können sich alle und vor allem der Staat und seine Schützer_innen in einem Schauspiel aus Empörung und Betroffenheit von ihrer kritischen und reflektierten Seite präsentieren und ihre Macht legitimieren.

Doch für einige ist ein Tag wie der 02. Juni in Hamburg, einer von vielen Neonazi-Aufmärschen in Deutschland, ein Augenblick zu zeigen, dass wir uns nicht nur den Faschist_innen in den Weg stellen, sondern, dass ein solcher Tag ein Moment der Revolte gegen diese Normalität sein muss. Für ein Leben in Freiheit stellen wir uns den Feinden dieser in den Weg und dies sind weitaus nicht nur die Neonazis. Das, was wir aus dem Grauen des Nationalsozialismus und weiterer Geschichte gelernt haben ist, dass es der Nationalismus und Patriotismus, Gehorsam und Disziplin, Militarismus und Autorität, also dass jegliche Herrschaft die Wurzel der Unterdrückung ist und diese müssen wir bekämpfen. Diese Mechanismen werden von jedem Staat, Teilen der Gesellschaft, wie auch von uns selbst durch unsere Sozialisation in uns getragen. Um ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu erkämpfen und entstehen zu lassen, müssen wir neue Beziehungen, die auf Respekt, Solidarität und gegenseitiger Hilfe, statt auf Neid, Hass und Angst fern von Staaten und Nationen basieren, entwikkeln.

Bereits in der Nacht zum 02. Juni ließen einige ihrer Wut freien Lauf und es verbrannten 11 Bullenwagen samt Ausrüstung. Im Laufe des Tages gab es unzählige brennende Barrikaden und Angriffe auf die Bullen und Faschist_innen. Aber auch ein Parteibüro der SPD wurde zerstört. Es war ein Tag voller Wutausbrüche und unkontrollierter Momente der Rebellion und es wird nicht der letzte gewesen sein.

**Denn wir spucken auf eure Fahnen!**
**Die der Nationen, wie der Parteien!**
**Wir spucken auf eure Uniformen und auf eure falsche Freiheit!**

**Für eine**
**Revolte für die Freiheit!**

**Anarchist_innen**

# Personenverwechslung!

*„Eure Rede aber sei: Ja ja; nein nein. Was darüber ist, das ist vom Übel."*
*Matthäus 5,37*

Mit großem Interesse habe ich in der Ausgabe der ZECK Nr 168 vom Mai/ Juni 2012 den Beitrag des Netzwerkes Freiheit für alle politischen Gefangenen aus Hamburg gelesen. Mit fetter Überschrift wird darin behauptet, das auch ein „Markus Mohr" gemeinsam mit der Tageszeitung „junge Welt" daran arbeitet „unsere Geschichte" - in diesem Fall wohl die des Netzwerkes - zu entsorgen. Wer die Gepflogenheiten des ehrbaren Autonomen-Infos ZECK kennt, weiß, das eine solche prominent placierte namentliche Benennung in aller Regel weltberühmten Denkern, politischen Gefangenen, Neofaschisten oder Spitzeln der politischen Polizei oder des Verfassungsschutzes vorbehalten ist. Eigentlich trifft auf mich nichts von allem zu. Doch die bereits in der Überschrift angedeutete negative Botschaft gibt schon einen markanten Hinweis: Wer so durch die ZECK markiert wird, darf auf manches rechnen, auf eines jedoch nicht mehr hoffen: Auf einen prinzipiell „solidarischen und respektvollen Umgang" , die in der gleichen Ausgabe in einem Beitrag u. a. von dem „Hausplenum der Roten Flora" „in linken Strukturen" angemahnt worden ist. Verdammt, da habe ich ganz schön geschluckt: Denn in die von Wärme und tiefen Respekt füreinander, ja manchmal sogar auch von Liebe durchdrungenen „linken Strukturen" möchte ich mich doch auch gerne einordnen!

Bezug genommen wird in der Stellungnahme des Netzwerkes auf einen von mir in eben jener genannten Zeitung verfassten Beitrag unter der Überschrift „Beladen mit Pflastersteinen: Ende einer Dienstreise ..." Dort steht etwas über den Spitzel und Agent Provokateur Peter Urbach geschrieben. Er ist für Kommunismus im Internet frei zu konsumieren. (http://www.jungewelt.de/2012/03-20/013.php) Das Netzwerk ist nach seiner Lektüre, das es auch als „Untersuchung" verstanden wissen will, zu der Auffassung gelangt, ich würde mich bei dem zitieren anstatt auf „aufrechte Militante" lieber auf eine ganze Reihe von „Staatsapologeten" stützen. Und das alles um so in der ganzen komplexen Angelegenheit eine „staatsfixierte Position" einzunehmen. Wie bitte ? Mit dieser Hypothese wird der Vita des von mir ebenfalls zitierten Fritz Teufel Unrecht getan. Soll der in den Abendstunden des 2. Juni 1967 als gewaltfreier Sitzdemonstrant inhaftierte Teufel nun auch nichts anderes mehr sein, als ein langweiliger „Staatsapologet"? Und überhaupt: Sind die heutigen „Staatsapologeten" das dann auch schon gestern gewesen ? Das Netzwerk spricht hier in Rätseln. Leider wird es dabei nicht von dem Urteil abgehalten, dass ich mit meiner „Staatsfixierung" zwar nicht den „Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" , aber doch den „Boden der solidarischen Berichterstattung" verlassen habe. Damit ist die Katze aus dem Sack! Meine ganzen intellektuellen Anstrengungen sich mit der Geschichte der radikalen Linken in diesem Land auseinanderzusetzen sollen also direkt auf die These ihrer schlichten Manipulation wie Steuerung durch die Geheimdienste hinaus laufen. Der ZECK-Beitrag der Netzwerk-Aktivisten macht einen solchen Schluss definitiv, also muss auch darüber nachgedacht werden.

Jedenfalls bin ich auf den Staatsfixierungs-Einfall bei der Auswahl der Zitate gar nicht gekommen – und das nicht nur deshalb weil ich ein Fan der DDR erst zu dem historischen Zeitpunkt geworden bin, als unmissverständlich klar war, dass sie Pleite machen würde. Wenigstens zwei Zitate in dem attackierten Text, können doch der Randale vor dem Springer-Hochhaus im April `68 und der Schlacht am Tegeler Weg im November des gleichen Jahres in der Perspektive auf eine fundamentale Umwälzung der herrschenden Verhältnisse einiges abgewinnen – und das trotz der möglichen Beteiligung des vom Staates ausgeschickten Spitzels. Das ist doch vom Sinn her das genaue Gegenteil der Beschreibungen des in dem gleichen Beitrag benannten Italien-Korrespondenten der Jungen Welt Gerd Feldbauer, der in einer Vielzahl seiner Texte „links" neben der PCI ausschließlich Neofaschisten und Geheimdienste in den Formationen der radikalen Linken dieses Landes am Werke sieht. Das kann doch also alles gar nicht wahr sein!
Wahr ist allerdings, das ohne Zweifel das Problem der „Entsorgung" von „Geschichte" existiert. Der Text des Netzwerkes gibt hierfür ein gutes Beispiel. Wer sich in Bezug auf die Geschichte – die doch immer von allen möglichen Menschen mit den wundersamsten, zum Teil auch schmutzigsten Absichten betrieben wird, - den Genehmigungszettel ausschließlich dafür ausstellt, nur die Fragen zu stellen, von denen er oder sie glaubt auch schon die Antworten zu kennen, filibustert ahistorisch. Hier gerinnt die Forderung danach - die in Form einer „Parole" wohl auch noch gebrüllt werden soll - sich die „revolutionäre Geschichte an(zu)eigenen und (zu) verteidigen" zu einer gegenüber dem historischen Prozess völlig verdrehten Fiktion: „Geschichte" sinkt hier zu einem Schützengraben herab, in der Revolutionäre als Tote das Recht haben Stellung zu beziehen, und als lebende Personen nur stören. Und wer allen Ernstes versucht, sich die von Netzwerk begrifflich erfundene „richtige Seite der APO" einmal vorzustellen, - was für ein Unfug! - wird dort landen, wo die Netzwerker jetzt schon sitzen: In einem dunklen Irrgarten der Antiaufklärung. Hier ist eine „Verteidigung" von welcher Geschichte auch immer, nur zu dem Preis zu haben, sich in eine religiöse Sekte zu verwandeln, die beliebige Glaubenssätze, Pardon: „Parolen" vor sich hin bramabasiert.
Doch dann hat mich ein Hinweis im Entsorgungstext stutzig gemacht: Dort wo die Aktivisten des Netzwerkes von einem „Markus Mohr" schreiben, der nach Brokdorf 81 „über ein Jahr im Knast" gewesen sein soll, hat das in mir die begründete Vermutung geweckt, das ich es doch gar nicht bin, der von ihnen negativ markiert zu werden hat. Denn richtig und nicht falsch ist hier, dass ich im Jahre 1981 gerade einmal 33 Tage im Kerker - und das zumeist wenig aufrecht - verbracht habe, in dem einst auch der Drogenabhängige Hans Fallada einsaß. Das 1982 dann noch einmal 60 Tage JVA-Aufenthalt dazu gekommen sind, reicht auch zusammengerechnet bei weitem nicht an das „über ein Jahr im Knast" heran, das jener „Mohr" abgesessen haben soll. Wer sich wie das Netzwerk auf einem so sensiblen politischen Terrain engagiert wie für die stets wünschbare Freiheit politischer Gefangener – hoffentlich mit Ausnahme der inhaftierten Nazi-Schergen! - weiß, dass er sehr sorgfältig mit personenrelevanten Informationen umgehen muss und stets alles dafür zu tun hat, hier den Pfusch zu meiden wie der Teufel das Weihwasser. Das Netzwerk kann es sich in seiner aufopferungsvollen Öffentlichkeitsarbeit ja auch gar nicht leisten das Vertrauen ihrer FreundInnen und UnterstützerInnen durch die fahrlässige Verbreitung von grob wahrheitswidrigen Informationen zu verlieren.
Was ist also jetzt der Stand der Dinge?

Sicher ist hier zunächst einmal nur, dass ich über den Spitzel Urbach - ob nun mit oder ohne den Teufel - weder eine „staatsfixierte" Lesart der Geschichte der radikalen Linken verfasst habe, noch der „Mohr" bin, der nach Brokdorf 81 „über ein Jahr im Knast" gewesen sein soll. Hier liegt also bei

jenem vom Netzwerk ins Spiel gebrachten „Markus Mohr" um eine Personenverwechslung vor. Es liegt nun an den HistorikerInnen des Netzwerkes selber ihre Parolen neu zu ordnen, um auch so in messerscharfer Präzision darüber Aufklärung zu sorgen, bei wem genau es sich bei jenem Delinquenten handelt. Sie ist auch deshalb angezeigt, damit die gegen diesen beabsichtigte Ausgrenzung aus den „linken Strukturen" zielgenau zugreifen kann, ohne das Unbeteiligte – d.h. der Verfasser dieser Stellungnahme – in irgend einer Weise in Mitleidenschaft gezogen wird. Was noch?
Die zuweilen auf antideutschen Diskursterrain operierende Redaktion des Autonomen-Infos ZECK hat dem „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen" die Gelegenheit eröffnet, für das offenkundig antizionistisch profilierte Projekt junge Welt eine – wenn auch natürlich mit „vielen Vorbehalten" versehene – Lanze als „eine linke Tageszeitung" – brechen zu lassen. So ganz geheuer scheint das der ZECK nicht gewesen zu sein. Also hat sie diese Message dadurch versucht zu entsorgen, in dem sie die Überschrift des Netzwerkes, „Wie unsere Geschichte von Markus Mohr in (!) der Jungen Welt entsorgt wird" (siehe gefangenen info april/mai Nr. 368, S. 7) in – rubbel die Katz! - „Wie unsere Geschichte von Markus Mohr und (!) der jungen Welt entsorgt wird " umetikettiert hat. Liegt hier wohlmöglich ein Warenschwindel vor, über den wir uns alle amüsieren dürfen? Jedenfalls wollte sich die Redaktion einfach diese schöne Chance auf Diffamierung und – vor dem Hintergrund einer interessiert mitlesenden Staatsmacht – Denunziation nicht entgehen lassen. Im schmutzigen politischen Tagesgeschäft hat sie dafür sogar die Solidarisierung mit dem antizionistischen Lager auf Kosten eines als „Schreiberlings" abqualifizierten in Kauf genommen. Das ist fürwahr eine schäbige Münze, die auch jener -„über-ein Jahr-im-Knast"- gewesene Mohr einfach nicht verdient hast. Dennoch hat mich das auf seine Weise positiv überrascht: Denn dieser kaum glaubliche Brükkenschlag zwischen den Antipoden Antideutsche versus Antizionisten zeigt, das der vom Hausplenum der Flora so dringlich herbei gesehnte solidarische, von Respekt getragene, Umgang in den linken Strukturen zumindest in diesem Fall keine Phrase ist. Das kann uns für die Zukunft allen ein bisschen Hoffnung machen. Und zwar darauf, - jenseits auch dieser zu erleidenden strohdummen Polarität, - weiter am fulminant freischwebenden Gedanken und der vielschichtigen Praxis der Autonomie, verstanden als Nachdenken und Reflexion auf das Nicht-Mitmachen, festzuhalten.

Beste Grüße
Markus-1981-nicht-„über-ein Jahr-im-Knast"- gewesen-Mohr

# Und als wäre nichts gewesen… - »Endgültig« ist daran nichts!

Wie die Gruppe Theorie.Organisation.Praxis (i.F. TOP) aus Berlin anhand einer eigenwilligen Interpretation1 des Imagine There's No Deutschland (i.F. Imagine)-Aufrufs2 »endgültige Anmerkungen zur These einer »deut¬ schen Spezifik« nationaler Ideologie« abgeben möchte – und: wie dies einfach nicht gelingen will.

Das Imagine-Bündnis verfasste zur Demo am 03.10.11 in Bonn einen Aufruf gegen Deutschland und die Einheitsfeierlichkeiten. In diesem wurde ebenso die unspezifische Kritik des Nationalismus, die bis zum Relativismus getriebene Geschichtsvergessenheit oder die Mobilisierung einer linken Masse des UmsGanze! (i.F. UG!) - Bündnisses kritisiert. Das regionale Bündnis Friede.Freude.Eierkuchen? Gegen Einheitsfeier und NRW-Tag (i.F. Eierkuchen), welches die Demo vor Ort organisierte, wurde von einer UG!-Gruppe, dem Antifa AK Köln, dominiert – was sich auch an dem Teaseraufruf zeigte, der die seit Jahren kritisierten Theoreme wiederum versammelte. Als Antwort und Angriff auf das Imagine-Bündnis schob die TOP, ebenfalls Teil von UmsGanze!, einige projektive Annahmen zu antideutscher Kritik hinterher: Der Imagine-Aufruf unterstelle ein »spezifisch deutsches (…) Staatsprogramm«, einen »historisch durchhaltenden Nationalcharakter«, bzw. ein »durchhaltendes deutsches Wesen«, mittels dessen die »völkischen Motive« des deutschen Nationalismus erklärt würden – die TOP wirft den Autor_innen des Aufrufs also ernsthaft völkisches Denken vor.

Die TOP stürzt sich auf den von ihr eigens aufgebauten völkischen Pappkameraden, als hätte die antideutsche Linke nicht seit mehr als 20 Jahren auf den Begriff der deutschen Ideologie verwiesen, auf den sich auch die Autor_innen des Imagine-Aufrufs berufen. Sie meint, genau zwei simple Erklärungsmodelle ausgemacht zu haben, die sie in der Überschrift »Völkischer Nationa¬ lismus – Nationalcharakter oder ideologischer Reflex?« vorwegnimmt. Das Erklärungsmodell »Nationalcharakter« weist die TOP dem Imagine-Aufruf zu, obwohl darin nie die eine derartige Setzung vorgenommen worden ist: Die positive (unmögliche) Bestimmung dessen, was deutsch ist, können schließlich seit jeher nur Nationalist_innen jeglicher couleur vornehmen, die über »Rasse« oder »Abstammung« versuchen, diesen Begriff zu füllen. Was deutsch ist, lässt sich indes nur ex post und ex negativo feststellen, als die sich in den Vernichtungslagern materialisierte deutsche Ideologie. Vielmehr als der von niemandem vertretenen These des »Nationalcharakters« sei der völkische Nationalismus ein »ideologischer Reflex« auf »aktuelle Konfliktlagen und Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung«. »Völkisches Bewusstsein« sei »prekäre ideologische Aufhebung der unverstandenen Widersprüche und Bedrohungslagen kapitalistischer Vergesellschaftung hier und heute«. Nur das »hier und heute« bestimme also die »ideologischen Reflexe«, die zu Krisenzeiten mal so und mal so aus den Subjekten schießen. Denn der »Verweis auf Traditionen« sei schließlich »ein typisches Moment bürgerlicher Ideologie« - und mit dieser hat die TOP selbstverständlich nichts zu tun. Ganz offenbar bleiben so wichtige Kontinuitäten unbeachtet; ansonsten wären die Genoss_innen wohl auch in die Verlegenheit geraten, sich mit dem Fortwesen des Rassismus, des Antisemitismus, des Antiziganismus oder auch des Antiamerikanismus auseinanderzusetzen. Diese Phänomene entstehen schließlich nicht immer wieder neu in bestimmten »Bedrohungslagen«, sondern weisen eine lange Geschichte auf. Der Begriff des Postnazismus, der genau diese Geschichtlichkeit zu fassen versucht, wird plump als »antideutsches Volksvorurteil« abgetan, stattdessen werden »differenzierte Analysen über die gegenwärtige Zusammensetzung des deutschen Nationalismus« eingefor-

dert, an der die TOP selbst scheitern muss. Denn: Ohne den Verweis auf die Entwicklung sich verfestigender oder verfestigter Motive, die der Imagine-Aufruf mit dem Begriff der Tradition oder der Kontinuität zu fassen versucht, ist der deutsche Nationalismus nicht zu beleuchten.

Nachdem im schon erwähnten Teaseraufruf3 des Eierkuchen-Bündnisses, dem glükklicherweise nie eine ausführlichere Version folgte, völkischer Nationalismus nur marginal Erwähnung fand - so war von »völkischen und reaktionären Freaks« die Rede - räumt die TOP in ihren »endgültigen Anmerkungen« immerhin ein, dass »der gegenwärtige deutsche Nationalismus von völkischen Motiven durchsetzt« sei. Der Nationalismus wird als »die prägende Ideologie der kapitalistischen Epoche« charakterisiert, was in dieser Bestimmtheit an Haupt- und Nebenwiderspruchsargumentationen erinnert. Die Erwartungshaltung, es würde sich eine scharfe Kritik des Nationalismus aus dieser konstruierten Zentralität ergeben, wird enttäuscht: Die Analyse bleibt reichlich stumpf. Wenngleich etwas verzweifelt betont wird, »antinationale Kritik« ignoriere, anders als fortwährend unterstellt, »keineswegs die besondere Geschichte und Struktur des deutschen Nationalismus«, zeugen ihre »Anmerkungen« lediglich von zweierlei: Ahistorizität und Unspezifik. Axiomatisch lässt sich ihre oben aufgeführte allgemeingültige Erklärung auf alle kapitalistischen Staaten in allen Zeiten übertragen. Wo schießen in der Krise schließlich nicht die Reflexe aus den Subjekten? Mittels der Erklärung der TOP wird aus Israel, Japan und Deutschland einerlei: kapitalistische Staaten. Ähnlich verhält es sich auch bei der von UmsGanze!-Gruppen oft verwendeten Phrase des »kapitalistischen Normalvollzugs«, der stets überall gleich zu sein scheint: Dieser UG!-Gemeinplatz suggeriert einen kapitalistischen »Basiszustand«, der von jeglichen Spezifika, wie Zeit, Ort oder etwa Entwicklung, abstrahiert. Die einzige vermeintliche Spezifik, auf die sich immer wieder aufs Neue geeinigt werden kann, ist die sogenannte »Standortlogik«, die seit Jahren zum festen Repertoire des Floskel-Baukastens von UmsGanze! gehört und regionale Unterschiede in der Produktion von Wert zu fassen versucht. Doch vermag auch dieser mit dem Anstrich der Spezifizierung versehene Begriff nicht, sich der Universalität zu entsagen: Diese Logik vollzieht sich als Grundmuster überall, wo sich kapitalistische Produktion ereignet und beschreibt einen reinen Ökonomismus. Somit ist auch dieser Begriff nicht geeignet, Gesellschaften als geronnene Geschichte zu begreifen und bleibt zur Benennung geschichtlicher Spezifik unnütz – davon abgesehen, dass er sich des Ableitungsmarxismus verdächtig macht, der Staat und Nation zum reinen Überbauphänomen stilisiert.

Gemäß der in ihrem Pamphlet aufgeführten Argumentation bildet die Aneinanderreihung der »hier« und »heute«, also die Addition einzelner unverknüpfter synchronerfasster Ereignisse und Zustände ihren Geschichtsbegriff: Wie auf diesem Grund eine Relevanz »politischer wie intellektueller Kämpfe« begründet werden kann, bleibt mehr als fraglich. Solange Geschichte nicht diachron, d.h. als eine Entwicklung betrachtet wird, sondern nur aktuelle und vergangene Ereignisse bewertet werden, ohne diese in eine innere Relation zu stellen, lässt sich einer fortdauernden gesellschaftlichen Kritik kaum eine relevante Rolle zuweisen; abgesehen von ihrer Wirkung in der jeweiligen Situation. Trotz ihrer Geschichtsvergessenheit muss die TOP zugestehen, dass Deutschland sich durch eine »eigentümliche Geschichte« und sogar durch »eigentümliche Institutionen« auszeichnet - die Genoss_innen haben mehr als 65 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz wirklich einiges gelernt!

Als sei dies alles nicht genug, liegt den »endgültigen Anmerkungen« ein äußerst gefährlicher, da undialektischer Ideologie-Begriff zugrunde, der in seinem Objektivismus unterschlägt, dass auch die Subjekte stets Ideologie (re)produzieren. Es stellt sich davon ausgehend bei UmsGanze! und TOP stets so dar, als seien die Subjekte ausschließlich Opfer staatlicher und kapitalistischer Herrschaft, die aus rein mechanischen Reflexhandlungen heraus Angriffe etwa auf Migrant_innen verüben. Zu Ende gedacht heißt dieser objektivistische Ansatz die Verbrechen des deutschen Täter_innenkollektivs zu entschulden, mordenden Deutschen einen Opferstatus zuzubilligen – denn: waren diese nicht auch Opfer kapitalistischer Verhältnisse und Krisen, und verfielen geradezu zwangsläufig den sogenannten autoritären Krisenlösungsstrategien? Die »ideologischen Reflexe«, die die TOP attestiert, verneinen jede Freiheit und beschwören die Determination, anstatt sich in den Versuch der Vermittlung zu wagen. Fehlendes geschichtliches Denken und fehlende Spezifik auf der einen, sowie fehlende Subjekte auf der anderen Seite sind somit der Grund für die Unhaltbarkeit ihres Ansatzes der »Reflexe«.
Als äußerst bitter ist der Versuch der TOP zu werten, sich mit dem Verweis auf »die traurige Realität des völkischen Nationalismus in anderen Ländern« der Auseinandersetzung mit den deutschen Zuständen zu entziehen; eine deutsche Linke, die zum »Tag der deutschen Nation« bevorzugt von anderen Nationalismen spricht, anstatt alle ihre Finger in deutsche Wunden zu legen, zeugt von der Omnipräsenz hegemonialer »Vergangenheitsbewältigung« und Geschichtsklitterung. Die intendierte argumentative Spitze, der Hinweis darauf, dass »derzeit andere Nationalismen sogar deutscher als der hiesige« seien, zeigt nur einmal mehr, dass eine Auseinandersetzung mit antideutschen Positionen, eine Auseinandersetzung mit dem Komplex deutscher Ideologie, warum auch immer, nicht stattgefunden hat; ansonsten hätten die Genoss_innen feststellen können, dass dieser nie auf irgendeine der historischen geographischen Grenzen Deutschlands beschränkt worden ist – warum auch? Der implizit formulierte Vorwurf des völkischen Denkens, das Imagine-Bündnis würde ein imaginiertes Volk, »die Deutschen« kritisieren (und nicht Deutsche als handelnde Träger_innen deutscher Ideologie) läuft stetig in die Leere. Ebenso bitter ist die Ausschließlichkeit, mit der die TOP in ihren »Anmerkungen« argumentiert: So ereilt sie in der Frage um die 1-Euro-Jobs die - einer göttlichen Erleuchtung gleichkommende - Erkenntnis, dass der Zwang zur Arbeit »in Wahrheit« nur eine »relativ späte Kopie des angelsächsischen Workfare-Prinzips« sei. Damit schließen die Genoss_innen aus, dass dieses moderne Modell des Arbeitszwanges mit deutschem Arbeitswahn etwas zu tun hat: Es ist und bleibt anscheinend ein unmögliches Denkexperiment, dass eine repressive Struktur auch gleichzeitig aus verschiedenen Handlungsmotivationen gebildet werden kann. Nachdem die TOP auf ihrer Suche nach der »Wahrheit« nun aber bereits erfolgreich war, ist dies selbstverständlich überflüssig.4
Der Aufruf an die Leser_innen, der kurz vor Ende der »endgültigen Anmerkungen« quasi als Fazit fungiert, schließt die Kritik an der von niemandem geäußerten Position und die eigenen Versuche, eine deutsche Spezifik zu negieren, auf einem Höhepunkt der Widerlichkeit ab: Statt »Auschwitz als politisches Mantra einzusetzen«, sollte lieber auf die »aktuellen killing-fields« der »dumpfen Brutalität des Kapitalismus im Weltmaßstab« eingegangen werden. Was hier an die »Auschwitzkeule« erinnernd vor sich hin walsert, stellt den kategorischen Imperativ Adornos auf den Kopf: Dieser sei nämlich »universalistischer Apell zu antikapitalistischer Praxis«. Als hätte der Massenmord an Jüdinnen_Juden, Sinti und Roma und den anderen Opfern des deutschen Täterinnenkollektivs aus Gründen der Mehrwertproduktion stattgefunden,

wird Auschwitz in ein linkes Standard-Erklärungsschema der Ausbeutung integriert, die Singularität damit abgesprochen und schließlich mit Blick auf die »killing-fields« in der Welt relativiert.

Here we go again linker Geschichtsrevisionismus.

1: TOP Berlin: »Imagine there's no countries/ it isn't hard to do/ … – Here we go again. Endgültige Anmerkungen zur These einer „deutschen Spezifik" nationaler Ideologie« (http://top-berlin.net)
2: Imagine-Bündnis: »Imagine There's No Deutschland« (http://imaginenodeutschland.blogsport.de/images/2011_aufruf_3_10_einzelseiten.pdf
3: Bündnis gegen Einheitsfeierlichkeiten und NRW-Tag 2011: »Teaseraufruf – Friede, Freude, Eierkuchen?« (http://friede-freudeeierkuchen.net/files/buendnis-teaser.pdf
4: Bei Gelegenheit erbittet sich das Imagine-Bündnis einen Hinweis, welches Orakel sich in Fragen der »Wahrheit« als besonders zuverlässig erwiesen hat.

# Keine Revolution ohne Emanzipation Polemik gegen die Generallinie der SoL

In den letzten Jahren hat sich eine Strömung in der revolutionären Linken etabliert, deren äußeres Erscheinungsbild sich bewusst an den autonomen Dresscode anlehnt, dennoch aber eine Ideologie vertritt, die ausgestorben bzw. auf einen Zirkel vergreister DogmatikerInnen zusammengeschnurrt zu sein schien, die eines orthodoxen Leninismus. Eine der lautesten Gruppen ist dabei die in Hamburg und Duisburg beheimatete Sozialistische Linke, kurz SoL. Bundesweit gibt es noch weitere ähnlich eingestellte Gruppen.
Die SoL konnte in Zusammenarbeit mit ihren Bündnispartnern in Hamburg – Rote Szene Hamburg, Bündnis gegen imperialistische Aggression und Anatolische Föderation – zum 1. Mai eine Demonstration organisieren, an der in diesem Jahr etwa 1500 Menschen teilnahmen. Die Frage, warum die Einzelnen da mitliefen, ist nicht Gegenstand der folgenden Überlegungen. Eines scheint aber sicher: Die aus der Zeit gefallenen Auffassungen dieser Gruppierungen können nur deswegen Anhang gewinnen und größere Mobilisierungen einmal im Jahr schaffen, weil die Radikale Linke – ganz besonders in Hamburg – derzeit inhaltlich und praktisch sehr schwach aufgestellt ist. Mensch beschäftigt sich überwiegend mit sich selbst, statt mit Gesellschaftsveränderung.
Die bisherige meist antideutsch inspirierte Kritik aus der autonomen Linken am orthodoxen Neo-Leninismus, die sich auf dessen Bereitschaft, in innerlinken Streitigkeiten Gewalt anzuwenden, und auf die von der SoL als zutiefst ungerecht empfundenen Vorwürfe des Antisemitismus und des völkischen Denkens konzentriert, geht am Kern der Sache vorbei: Sie gibt sich zwar konsequent, hat inhaltlich außer Diffamierungen aber wenig zu bieten und ist damit diesem Phänomen gegenüber letztlich hilflos und fördert zudem noch dessen Wagenburgmentalität.

Die Argumentation der SoL läuft stets darauf hinaus, dass es bereits Sozialismus wäre, wenn das gesellschaftlich erarbeitete Gesamtprodukt gerechter verteilt würde, wenn vor allem nicht mehr die KapitalistInnen vom Mehrprodukt profitierten. Die Entfremdung, die kapitalistische Lohnarbeit bedeutet, sowie die Rückwirkung dieser Waren produzierenden Wirtschaftsweise auf die Gesellschaft, aber auch auf die Individuen und ihr Verhältnis zueinander erscheint der SoL offenkundig als irrelevante Fragestellung.

Während die SoL die private Aneignung des gesellschaftlich erarbeiteten Produkts in Form des Profits durchaus angreift, beachtet sie die zweite Grundlage kapitalistischer Lohnverhältnisse nicht – ein Leben lang in einer hierarchischen Struktur, in der der Einzelne nichts ist, arbeiten zu müssen. Nötig wäre aber, zu verstehen, dass die Warenproduktion alles, was der Einzelne tut, unter die Prämisse der Verwertbarkeit stellt. Das prägt jedeN. Durch die alles durchdringende Totalität von Lohnarbeit, Ware und Geld werden die Menschen von ihrer Arbeit, ihrer Umwelt, aber auch von ihren Mitmenschen und sich selbst entfremdet. (Siehe: Keine Macht für niemand, eine anarchistisch-rätekommunistische Erklärung, http://goo.gl/TAQwy .) Bei der SoL drängt sich der Eindruck auf, dass der bisherige Privatbesitz an Produktionsmitteln lediglich in Staatseigentum überführt werden soll. Daran, wie produziert wird, würde sich nichts ändern.
Dazu passt, dass die SoL in ihrem Aufruf zum 1. Mai 2012 lediglich die verschiedenen Gemeinheiten, die der Kapitalismus aktuell seinen Untertanen bietet, an Stelle einer Kapitalismus-Kritik auflistet: Hartz IV, Lohndrückerei, Massenentlassungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Renten-Nullrunden, ausgehöhltes Gesundheitssystem. Natürlich ist es sinnvoll, aktuelle Missstände aufzuschreiben, doch die SoL belässt es dabei und bewegt sich damit nur an der Oberfläche kapitalistischer Ausbeutung.
Hartz IV und andere Maßnahmen sind aber nur die hierzulande spürbarsten Auswirkungen des Gesamtsystems. Nun hat es all das vor – sagen wir einmal – 30 Jahren auch nicht gegeben, denn der deutsche Kapitalismus kam in den 1950er bis weit in die 1980er Jahre ohne diese Spitze des Eisbergs kapitalistischer Ausbeutung aus. Was wir damit sagen wollen: Es muss darum gehen, den Kapitalismus als solchen zu kritisieren und sich nicht auf seine übelsten Auswüchse zu beschränken.

Diese Eindimensionalität der ökonomischen Betrachtung korreliert mit jener der gesellschaftspolitischen Ebene, wo zwar die Macht der Bourgeoisie gebrochen werden soll; aber Herrschaftsverhältnisse an sich sollen nicht abgeschafft, sondern vielmehr durch neue ersetzt werden.

Die Partei, die Partei, die hat immer recht! Lesen wir ´mal ´rein ins Grundsatzpapier der SoL (auf www.sol-hh.de ). Abschnitt „Warum eine Organisation?" Es brauche, so erfahren wir dort, eine ganz spezifische Organisationsform, „die kommunistische Partei", in der „sich die konsequentesten, klassenbewusstesten Menschen aus den jeweiligen Klassen- und sozialen Kämpfen zusammenschließen". Die Kommunistische Partei (im Folgenden mit KP abgekürzt) vereint „also die bewusstesten Teile der Ar-

beiterInnenklasse, wie auch der anderen werktätigen oder lohnabhängigen Schichten und Klassen“. Das ist bis hierhin ganz konventionelles Rüstzeug jeder sich auf irgendeine Weise auf Lenin beziehenden Gruppierung.

Die SoL spezifiziert aber die KP weiter und gerät damit in ein sehr orthodoxes Fahrwasser, das in Deutschland von der Weimarer KPD über die Stechschritt-Fraktion der K-Gruppen (KPD/ML, KPD/AO) bis zur heutigen MLPD führt: „Unerlässlich ist in diesem Zusammenhang Führung und Hegemonie der ArbeiterInnenklasse gegenüber verbündeten Schichten.“ Sowohl innerhalb der KP als auch in Bündnissen zwischen der KP und anderen „verbündeten Schichten“ gibt es also zweierlei Mitwirkende, die einen, die führen und Hegemonie ausüben, die anderen, die sich dem unterzuordnen haben. Das ist ein in keiner Weise mehr emanzipatorisches oder freiheitliches Konzept. Wir würden es nicht in der Programmatik einer linken Gruppe erwarten, wären da nicht die historischen Vorbilder, die letztlich bis auf Lenin und die KPdSU zurückgehen. Der SoL fällt überhaupt nicht auf, dass sie die hierarchischen Strukturen dieser bürgerlichen Gesellschaft für ihr (immerhin auf Befreiung zielendes) Projekt unreflektiert übernimmt.

Dennoch kommt der demokratische Austausch vor, irgendwie zumindest: „Den Organisationsaufbau einer kommunistischen Partei sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen notwendigem Zentralismus und erwünschter Demokratie kennzeichnen.“ Also, ein bisschen Demokratie: ja, aber wenn´s kritisch wird, sprich von der Generallinie abweichende Meinungen die Oberhand zu gewinnen drohen, setzt sich die Zentrale durch. Genauso wird ein bisschen die Leitung gewählt, die dann aber regiert (klingt alles etwas nach bürgerlichem Parlamentarismus mit seinem Minimum an Mitbestimmung via Wahlen): „Jede Ebene wählt die nächst höhere, die ihr gegenüber wiederum weisungsbefugt ist.“ Nur zum richtigen Verständnis: Nicht die Basis darf der Führung Weisungen erteilen, sondern umgekehrt bestimmt die Parteileitung, was die Basis zu tun (und zu denken?) hat.

Zugleich ist die KP – die ja immerhin die revolutionäre Bewegung laut SoL-Grundsätzen anführen wird – keineswegs die Partei aller RevolutionärInnen, sondern nur eines vergleichsweise kleinen Kreises, schließlich wähnt mensch sich als Teil einer kommenden „Kaderorganisation“ und hat dann „eine führende Rolle in Bezug auf die Massen“. Derart aufgestellt und mit dem „Marxismus-Leninismus“ ausgerüstet, „führt“ die KP „das Proletariat vor und während der Revolution“.

Nach der Revolution wird ein neuer Staat errichtet, in dem, Ihr ahnt es schon, die KP die Führung innehat. Warum der dann „Rätestaat“ genannt wird, wo die KP doch ausdrücklich nicht nur die „theoretischpolitische Führung“ hat, sondern auch „Kern und führendes Element des proletarischen Rätestaates“ sein soll, bleibt rätselhaft. „Geführt werden“, und wir sind jetzt schon im Abschnitt „Sozialismus“, „die proletarische Macht und ihre Massenorganisationen (Räte, Gewerkschaften, Jugendorganisationen usw.) durch die kommunistische Partei.“ Aber einen nominellen Rätestaat, in dem die Räte nichts zu melden hatten, gab´s ja schon: die Sowjetunion!

**Marschmusik statt Punkrock**

Die SoL hat keinerlei Vorstellung von individuellen Freiheiten oder menschlicher Emanzipation, von Selbstbestimmung oder Aufhebung von Entfremdung. Stattdessen überwacht die Parteiführung das Erringen von Freiheit – dass darin ein antagonistischer Widerspruch liegt (Überwachung und Freiheit), merkt die SoL nicht. Sie erklärt die Partei zum Träger des gesamten Allwissens revolutionärer Politik, weshalb auch nur sie den richtigen Weg zur befreiten Gesellschaft kennt. Alle anderen haben sich dem unterzuordnen oder werden bekämpft.
Die SoL entwirft einen sehr hierarchischen Staat. Historische Erfahrungen mit den gescheiterten Versuchen, auf solche Weise eine egalitäre Gesellschaft zu erreichen, werden von der SoL ignoriert. Während sich andere KommunistInnen, die ebenfalls nicht auf einen Staat verzichten wollen, immerhin fragen, wie in ihm ein Maximum an Demokratie und Mitbestimmung hergestellt werden kann, wie die Menschen lernen, ihre Bedürfnisse in Eigeninitiative zu befriedigen, wie also die Organisierung der Gesellschaft von staatlichen Stellen allmählich in die Hände der ProduzentInnen zurückverlegt werden könnte, und während wir RätekommunistInnen und AnarchistInnen dazu sagen: Ist erst einmal wieder ein Staat da, werden sich seine Strukturen verfestigen und verselbständigen, und wird die Eigeninitiative, diese notwendige Voraussetzung jeder befreiten Gesellschaft, dadurch unterminiert, und bleibt also nur, von vornherein auf das Instrument Staat zu verzichten … stellt sich die SoL all diese Fragen überhaupt nicht. Die Partei und der Staat werden´s schon richten. Steht ja schon bei Lenin! Wie aus dem Nichts, von Zauberhand soll sich der Staat dann irgendwann auflösen. Die Simplizität dieser Argumentation ist schier unfassbar (und, ohne Lenin verteidigen zu wollen, tritt weit hinter die Schriften ihres Herrn und Meisters zurück). Bei der SoL zählen auch nur die vermeintlichen Erfordernisse des Staats und der als unterschiedslos vorgestellten Gemeinschaft der ArbeiterInnenklasse, die schließlich als im neuen Staat gut aufgehoben gedacht wird. Das Individuum ist ihnen nichts. Uns käme es aber gerade darauf an, die Interessen, Wünsche und Hoffnungen der Individuen mit den Erfordernissen der Gesamtgesellschaft in Einklang zu bringen.

Der SoL gegenüber sind ein paar Essentials revolutionärer Politik festzuhalten: Eine befreite Gesellschaft kann auf Dauer nur funktionieren, wenn sich niemand mehr einem „Oben“ unterwirft, denn sonst droht die Re-Etablierung von Macht und Mächtigen als Herrschaft über Menschen.

Emanzipation und Selbstbestimmung müssen schon die heutigen revolutionären Strukturen, ihre Organisationen, Gruppen und Plena, prägen. Jeder Organisationsversuch, der auf eine Unterordnung von Minderheiten unter Mehrheiten oder Zentralkomitees oder Leitungen setzt, ist bei der erreichten Vielfalt an Ideen, Analysen und Strömungen in der revolutionären Linken ein Hindernis der Selbstorganisierung und zum Scheitern verurteilt.

Für eine soziale Revolution, die ihren Namen verdient!

Anarchistische Gruppe/
Rätekommunisten (AG/R)

(www.agr.de.vu agr@nadir.org)

# Zum Tode von Christa Eckes



Christa bin ich in meinem Leben einige Male begegnet und uns verbindet eine gemeinsame Widerstandsgeschichte von bald 40 Jahren.
Kennengelernt habe ich sie im Herbst 1972 in Hamburg während des Prozesses gegen Margrit Schiller aus der RAF.
Christa kam aus trotzkistischen Zusammenhänge und wir stellten, zusammen mit vielen anderen Menschen und Gruppen, Öffentlichkeit zum Prozess her.
Trotz dem Einknicken vieler AktivistInnen damals aus der Achtundsechzigerbewegung vor dem Staat und den diversen Verhaftungen von Militanten aus der RAF im Sommer 1972, war es eine gute Erfahrung, das Solidarität mit diesen Eingesperrten möglich war.
Für mich war das, wie für viele Andere auch, dass ich zum ersten Mal einen Prozess gegen eine Militante aus der Guerilla solidarisch begleitete. Wir bekamen mit, wie die Klassenjustiz agierte und das Widerstand dagegen möglich war. Der Klassenfeind lernte aus seinen Fehler und später fanden Prozesse in militärisch abgesicherten Prozessbunkern wie in Stuttgart-Stammheim statt. Ich selbst erlebte hautnah, dass der Kampf auch vor dem Gericht offensiv geführt werden konnte. So erfuhr ich durch Margrit`s Prozesserklärung, dass alle, die sich in bewaffneten Gruppen organisiert hatten, aus Basisgruppen kamen. Sie z. B. kam aus dem SPK (Sozialistisches Patientenkollektiv).
Ein halbes Jahr später trafen sich Christa und ich wieder.
Am 19. April 1973 besetzten wir mit vielen anderen ein Haus in der Hamburger Ekhofstraße.
Die Aktion erfolgte auf Grund der Umstrukturierung des Stadtteils Hohenfelde, was heute wohl als Gentrifikation bezeichnet wird. Bei der Besetzung war die radikale Linke Hamburgs ein Anziehungspunkt. Wir waren ein Kontrapunkt zu den vielen Achtundsechzigern, die jetzt mit dem kapitalistischen System paktierten. Wir betrieben deswegen Stadtteilarbeit für die Bevölkerung, boten z. B. Beratung in Mietfragen an und praktizierten kostenlose medizinische Hilfe für die Menschen im Stadtteil und wehrten uns offensiv gegen Polizeikontrollen. Dadurch sprachen wir vor allem viele Jugendliche an, die selbst unzufrieden mit dem herrschenden System waren und auf der Suche nach Orientierung: es kamen Schulklassen zu Besuch, Unterprivilegierte wie Rocker zogen ein, weiterhin holten wir Jugendliche aus den Heimen und sie bekamen bei uns im Haus eine Bleibe.
Kurz vor der Räumung gaben wir unserem besetzten Projekt einen Namen: "Petra Schelm-Haus". Petra wurde als erste Militante aus der RAF am 15. Juli 1971 in Hamburg während einer Fahndung erschossen.
Das Haus wurde am 23. Mai von einem Mobilen Einsatzkommando der Hansestadt geräumt. Erwogen wurde, den §129 ("Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung") gegen uns einzusetzen. 12, 14 und 16 Monate waren im anschließenden Verfahren für 3 von uns die "Höchststrafen".
Einige von den HausbesetzerInnen wie Stefan Wisniewski, Bernd Rössner, Wolfgang Beer, Andreas Vogel und eben auch Christa haben sich später bewaffneten Gruppen wie der "Bewegung 2. Juni" und der RAF angeschlossen.
Wolfgang und Christa wurden am 04. 02. 1974 als Mitglieder der RAF festgenommen.
Christa war wie alle Gefangenen aus der RAF 23 Stunden allein auf der Zelle. Sie wurden hermetisch von allen Inhaftierten und von allen Gemeinschaftsveranstaltungen abgesondert. Die soziale und die sensorische Isolation führt zur Aushungerung der Sinnesorgane der Gefangenen und kann dadurch zu lebensgefährlichen Zuständen führen. 9 Weggesperrte aus diesem Zusammenhang überlebten den Knast nicht.
Die Gefangenen aus der RAF waren bis zu 28 Jahren weggesperrt und wehrten sich in 10 kollektiven Hungerstreiks gegen diese Bedingungen.
Anfang 1981 kam Christa nach 7 Jahren aus dem Knast. Sie hatte sich an mehreren Hungerstreiks beteiligt. Zu dieser Zeit fand ein Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und des Widerstands statt, die ihre Zusammenlegung in große Gruppen forderte. Christa stürzte sich gleich wieder in die Solidaritätsarbeit für diese Inhaftierten und so kamen wir wieder zusammen.
In diesem Streik starb Sigurd Debus an Folgen der Zwangsernährung. Wie er genau verstarb, ist unklar, da Teile seiner Krankenakte „verschwunden" sind.
Christa schloss sich wieder der RAF an und wurde am 02. 07. 1984 verhaftet. Insgesamt war sie 15 Jahre inhaftiert.
Ich schrieb ihr und besuchte sie mehrere Male im Bielefelder Knast.
1992 wurde Christa entlassen und wir arbeiteten gemeinsam bei den „Angehörigen der politischen Gefangenen". Wir beteiligten uns an diversen Kundgebungen und anderen Initiativen, damit die Eingesperrten nach langer Haft bis zu 28 Jahren endlich aus dem Knast kamen.
Weiterhin war sie unserer Zeitschrift, dem „Gefangenen Info", damals nannte es sich noch „Angehörigen Info", eng verbunden. Neben Diskussionen sorgte sie durch viele Beiträge dafür, dass letztlich alle Gefangenen aus der RAF, viel zu spät, aber endlich 2011 raus kamen.
Zuletzt organisierten wir für Christa am 26. 01. dieses Jahres in Hamburg eine Veranstaltung mit ihrem Anwalt zusammen. Bekanntlich sollte sie ja in Beugehaft genommen werden, obwohl sie schwer erkrankt war. Kurz vor der Veranstaltung wurde bekannt, dass dank der solidarischen Öffentlichkeit, die Beugehaft gegen sie verhindert werden konnte.

Nicht nur der Gefangene Faruk Ereren hatte gehofft, *„dass Du nicht nur imstande bist, die Angriffe der herrschenden Klassen zu besiegen, sondern auch Deine Krankheit…"*
Christa ist im Alter von 62 Jahren am 23. Mai 2012, dem 39. Jahrestag der Räumung der Ekhoffstraße, gestorben.

Viel zu früh.

Wolfgang von der Redaktion des „Gefangenen-Info"

## anmerkung, zeck nr.: 167 + 168

# „alle jahre wieder“ +
# „für einen solidarischen und respektvollen umgang...“

wir wollen nicht den kleinbürgerlichen vodoo – kult problematisieren:

unsere erkenntnis,

unsere flora,

unsere sitzordnung,

unsere stadtteil.

eile weil: wir haben recht,

weil wir schon vor zehn jahren recht hatten.

oder unbequeme kritik klassisch abbügeln: mensch in medizinisch-biologistischen

kategorien abqualifizieren: „der ist dement“, oder: es handelt sich um „wirre leser...“.

oder zum neunten artikel der radikalen bedürfnisse: dem direkten gespräch: warum

noch direkte gespräche führen, wenn es telefon, handy und e-mails gibt, verbunden mit

der immer gleichen frage: wer trifft sich mit wem, wo und aus welchen gründen, welche absicht sich hinter dem gequatsche verbirgt, darüber läßt sich spekulieren. über die ergebnisse nicht: dem offensiv und verschärft vorangetriebenen projekt der aufstandsbekämpfung in den metropolen zuarbeiten und sich gleichzeitig rückversichern. (mal abgesehen davon, sei daran erinnert: nicht jede/r mitarbeiterInn des staatsschutzes: mad, vs und bka ist meschugge und stochert im kaffeesatz rum, auch wenn das wiederholt suggeriert wird.)

das rumgequatsche ist von den ergebnissen her von einer ähnlichen qualität, wie wenn offen die ausgrenzung und abstrafung von genossInnen gefordert wird und bei dieser gelegenheit gleich die abstrafung von unbequemen arbeitsgruppen , weil sie methodisch und auch sonst nicht mehr in den kram paßen.

es war und ist ein beliebtes instrument, menschen, die sich im unversöhnlichen widerspruch zu den verhältnissen bewegen (z.b. zu kapital, staat, krieg, institutionellem faschismus, religion, klassen-/kastenwesen, autoritär-hierachischem dogmatismus) wenn nicht gleich vollständig auseinander zu treiben, sie in der bedeutungslosigkeit zu versenken und entstammen der frühgeschichte: den gegner bis ins fünfte glied mundtot machen, den clan und/oder die soziale gemeinschaft gleich mit.

statt dessen wollen wir auf diesem wege einen kleinen beitrag einbringen, an die tanzenden, lachenden menschen erinnern, die über sich hinauswachsen, die über begierde und verlangen grenzen überschreiten, die die magie der träume zur entfaltung bringen oder die träume wahr werden lassen, an das erinnern, was eigensinn und kreativität, was freie liebe, lust und leidenschaft ist, somit lust und lustvoll leben, wieder inspiration, schönheit und poesie erfahrbar machen, was viel zu kurz kommt, immer entwirklichter wird, weil getrennt und gedeckelt durch die totalitäre arroganz einiger weniger.

sie, die totalitären herrschaftsverhältnisse / arroganz zu erkennen, benennen und angreifen, wer und was in dieser stadt mit seiner nationalen und weltweiten verzahnung bestimmendes moment ist.

die meistgesuchten:

airbus, aurubis, blohm & voss, beierdorf, linde, lufthansa, jungheinrich, kühne und nagel, still, unilever, mercedes, montblanc, philips, reemtsma, siemens un still, die mit kalkül in den letzten hundert jahren (z.t. noch länger) viele herren bedienten und nicht zu vergessen was im strategischen noch von bedeutung ist: die shell und bp.

knapp zwei handvoll großunternehmen sitzen locker auf knapp 50 % des kapitals, welches hier jahr für jahr den menschen gegen einen hungerlohn und schlechte arbeitsbedingungen abgepresst und geraubt wird. dieser teil der gewalt der oberklasse / hochfinanz wird zu gerne von den vertreterInnen des systems und natürlich auch von opportunistischen gewerkschaftlichen zwangs-charakteren bagatellisiert und beschönig. zu letzteren spezies gehören die, die sich nur noch selbst wahrnehmen und die sich kein leben mehr ohne knieschoner vorstellen können.

auf den systemtragenden und stabilisierenden faktor, auf den katholisch-protestantiosch-jüdischen, autoritär-dogmatischen und lebensfeindlichen komplex mit ihrem skrupellosen programm der verbote und bestrafungen: mensch ist schuldig und soll leiden, statt lustvoll genießen, wollen wir an dieser stelle nicht eingehen. er ist den meisten menschen von kindsbeinen an bekannt. er befördert über mystifikationen und das unfreiwillig hineingeborensein und steht für gewalt und indoktrination, tod und verwesung.

zur religion der arbeit:

sie ist für die meisten menschen die forsetzung der sklaverei, in dieser zeit der angepaßten arbeits-varianten und der forcierten beschleunigung, wird selten die arbeit an sich, bestenfalls die ausbeutung und die bedingung der ausbeutung kritisiert und bekämpft. wer sich allerdings mit ihr identifiziert, läuft am nasenring des „recht auf arbeit“. sie dient der knebbelung und kontrolle, der überwachung und der eigenen zerstörung. sie dient der rekrutierung von helfeshelfern, die bereitwillig an diesem projekt mitarbeiten. sie dient natürlich auch um die taschen derjenigen zu füllen, die sich in den wenigsten fällen die hände schmutzig machen. immer mit dem ziel: mensch und natur mit urgewalt einem hemmungslosen programm der verwüstung zu unterwerfen.

und was uns noch wichtig erscheint,

ist, auf das gleichheitsversprechen hinweisen: auf die dämokratie, die gerne als freie ordnung verkauft wird, tatsächlich aber 1989 einmal mehr nur als mittel dazu diente, den ideologischen-ökonomischen durchmarsch auf den weg zu bringen: das projekt der ungleichheit über die einfalt in der vielfalt hier und weltweit in die offensive zu bringen: meint: die unterdrückung und bekämpfung von protesten und revolten und aufständen und der weitere ausbau der herrschaft einiger weniger über viele.

es gilt diesen gordischen knoten zu zerschlagen,

das schafft freude.

und wie heißt es so treffend:

erst feurika, dann heureka.

6/12 k,u,h,f.

# Zur Situation in Griechenland

**Folgender, leider noch vor denn Wahlen geschriebener, Artikel aus der Graswurzelrevolution Nr. 368., April 2012 gibt einen ganz guten Einstieg in die aktuelle Situation Griechenlands.**
**zeck-redaktion:**

Langsam müssten es auch die Letzten kapieren: In Griechenland geht es nicht darum, eine marode Volkswirtschaft zu retten, es geht um die Zerstörung einer Gesellschaft aus Profitinteressen. Die von der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF befohlenen Sparmaßnahmen sind dabei auch ein fulminanter Angriff auf demokratische Standards. Solidarität mit der griechischen Bevölkerung, so ein Kreis vorwiegend französisch¬er Intellektueller, ist nun nicht mehr „eine bloße Geste (…) abstrakter Humanität", sondern, da „dieses Modell für ganz Europa bestimmt" ist, ein Akt kollektiver Selbstverteidigung. „Es geht eben wirklich um einen Krieg, der mit den Mitteln der Finanzen, der Politik und des Rechts ausgetragen worden ist, einen Klassenkrieg, der gegen die gesamte Gesellschaft geführt worden ist. Und die Beute, (...), das sind die sozialen Errungenschaften und die demokratischen Rechte – und letztlich überhaupt die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens. Das Leben derjenigen, die nicht produzieren oder die aus Sicht der Profitmaximierungsstrategien zu wenig konsumieren, braucht nicht länger erhalten zu werden." In der Nacht auf den 13. Februar 2012 hat das griechische Parlament das neue Diktat der Troika verabschiedet. Es beinhaltet erneut massive Gehalts- und Rentenkürzungen, die Aufhebung der Kollektivverträge, die Lockerung des Kündigungsschutzes, sowie Massenentlassungen im staatlichen Sektor. Allein in Athen waren bis tief in die Nacht mehrere hunderttausend Menschen ins Zentrum geströmt und hatten sich heftige Straßenschlachten mit den Sondereinsatzkommandos der Polizei geliefert. Auch in Thessaloníki, Vólos, Pátras, Agrínio, auf Kreta und Kérkyra kam es zu Auseinandersetzungen. Banken und staatliche Gebäude wurden in Brand gesteckt oder besetzt. Diskutiert wird nun die Änderung des Demonstrationsrechts. So soll, wer im Zentrum von Athen demonstrieren will, 5 Tage zuvor bei Polizei und städtischen Behörden schriftlich eine Genehmigung beantragen. Wer als Anmelder nicht selbst den Schutz des öffentlichen Raums gewährleisten kann, soll zur Zusammenarbeit mit der Polizei verpflichtet werden oder für eventuelle Schäden haften. Dass die Politik der Troika nicht nur die Bevölkerung sondern auch die griechische Wirtschaft zugrunde richtet, ist inzwischen bekannt. Dass sie für den Tod tausender GriechInnen direkt verantwortlich ist, wird ausgeblendet. Laut im Februar veröffentlichter Zahlen der griechischen Statistikbehörde ist die Wirtschaftsleistung des Landes 2011 erneut massiv eingebrochen. Das Bruttoinlandsprodukt ging um 6,8 Prozent zurück, bereits 2010 war es um 5,5 Prozent geschrumpft. Offiziell waren Ende 2011 bei einer Arbeitslosenquote von 20,9 Prozent erstmals mehr als eine Millionen Grie¬chInnen arbeitslos. Inoffizielle Schätzungen gehen von über 30 Prozent Arbeitslosigkeit aus. Bei den Jugendlichen hat jeder zweite keinen Job. Hinter den Zahlen verbergen sich zunehmend menschliche Tragödien – denn Sparen kann tödlich sein. Bei den immer mehr werdenden Obdachlosen waren in diesem Winter erste Todesopfer durch Erfrieren zu beklagen. Suizid durch Selbstverbrennung beging ein arbeits- und obdachloser Mann auf der Insel Lefkáda. Wirtschaftliche Perspektivlosigkeit wird als Grund für die rasant gestiegene Suizidrate ist in den letzten beiden Jahren genannt.

Da vor allem in Nordgriechenland immer mehr Menschen hungern, hat Frankfurts griechische Gemeinde am 4. März zwei LKW mit 24 Tonnen Lebensmittelhilfe nach Thessaloníki losgeschickt. Zunehmend sind Menschen von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen Staatliche Gesundheitszentren, die die Grundversorgung in den ländlichen Gebieten sicherstellten, wurden aus Geldmangel geschlossen. Den Krankenhäusern fehlt es an Verbandsmaterial und Medikamenten, lebenswichtige Operationen werden oft monatelang hinausgezögert. Statt der durchschnittlich 11.000 Bypass-Operationen jährlich wurden 2011 nur 9.000 durchgeführt. Bei 2000 Menschen wurden die eigentlich notwendigen Operationen verschoben, wie viele von ihnen starben, ist unbekannt. Zudem weigern sich immer mehr Apotheken, Medikamente auf Rezept auszugeben, weil die Krankenversicherungen nicht in der Lage sind, die Kosten zu erstatten. Da die Arzneimittelhersteller nur noch gegen Vorkasse liefern, sollen PatientInnen ihre Medikamente selbst vorfinanzieren und auf die Rückerstattung durch die Krankenkassen hoffen. Für KrebspatientInnen und chronisch Kranke, die auf teure Medikamente angewiesen sind, ist dies bei 300,- bis 500,- Euro Rente schlicht unmöglich und bedeutet vielfach das Todesurteil. Weder die griechische Regierung noch die EU-Bürokratie haben Interesse daran, die Opfer zu zählen. Sicher ist nur, dass sich die medizinische Versorgung weiter verschlechtern wird. Durch erneute Kürzungen im Gesundheitssektor sollen 2012 weitere 800 Millionen Euro eingespart werden. Überhaupt treffen die beschlossenen Kürzungen einmal mehr nur die Armen. Es drängt sich der Verdacht auf, hier werde erprobt, wie weit man es treiben kann, bis die Bevölkerung




endgültig ausrastet. Sollten die sozialen Aufstände unkontrollierbar werden, könnte dies zu einer offenen Abkehr von der Demokratie führen. Die Unverfrorenheit, mit der die Troika schon jetzt elementare demokratische Regeln bricht, lässt für den wahrscheinlichen Fall einer weiteren Eskalation nichts Gutes erwarten. Dazu passend sind die horrenden Militärausgaben Griechenlands von den Sparmaßnahmen ausgenommen. Nach Angaben des für die französischen Grünen im EU-Parlament sitzenden Daniel Cohn-Bendit bestanden die Hauptwaffenlieferanten Deutschland und Frankreich darauf, dass keine Aufträge storniert werden.

**Deutsche Waffen, deutsches Geld...**

Laut Rüstungsexportbericht 2010 sind Griechenland und Portugal – auch ein Staat vor der Pleite – die größten Abnehmer deutscher Kriegswaffen. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass Griechenland 223 Panzerhaubitzen vom Typ M109 aus Bundeswehrbeständen sowie ein U-Boot der Klasse 214 aus Deutschland importierte.

Der Rüstungsetat betrug fast 7 Milliarden Euro, was knapp 3 Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht und in der Nato nur von den USA übertroffen wurde. Geplant ist in den nächsten Jahren der Kauf von bis zu 60 Kampfflugzeugen vom Typ Eurofighter (ca. 3,9 Milliarden), französische Fregatten (ca. 4 Milliarden), Patrouillenboote (ca. 400 Millionen) und die Modernisierung der existierenden Flotte (ca.400 Millionen). Es fehlt außerdem noch an Munition für die 170 Leopard-2-Panzer, die nach Informationen der Zeit das Münchner Unternehmen Krauss-Maffei-Wegmann für 1,7 Milliarden lieferte. Darüber hinaus sollen zwei amerikanische Apache-Hubschrauber ersetzt werden. Interesse besteht auch an weiteren deutschen U-Booten für zwei Milliarden Euro. Schon jetzt mehren U-Boote von Thyssen-Krupp, Hubschrauber von Eurocopter und Lenkflugkörper von Diehl BGT Defence den Ruhm griechischer Militärs. Was erheblich dazu beitrug, dass die Staatsschulden explodierten. Laut Friedensforschungsinstitut Sipri verzeichneten zwischen 2005 und 2009 nur China, Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Südkorea mehr Waffenimporte als Griechenland. Im Etat 2012 ist vorgesehen, die Beiträge zur Nato um 50 % auf 60 Millionen Euro zu steigern, die Ausgaben des Verteidi-gungshaushalts gar um 200 Millionen auf 1,3 Milliarden. Der Sozialhaushalt hingegen soll um weitere 9 Prozent (2 Milliarden) gekürzt werden.



**Das Leben in die eigenen Hände nehmen**

Inmitten dieser zynischen Szenarien, der zusammenbrechenden Wirtschaft und einer auseinander fallenden Gesellschaft treten immer mehr Menschen die Flucht nach vorne an.

Die Plünderung von Supermärkten, die Besetzung staatlichen Landes zur Lebensmittelproduktion, die Gründung von Kollek-tivbetrieben, landwirtschaftlichen Kooperativen oder die Verweigerung der Autobahnmaut, Steuerboykott und organisierter Stromklau - viele greifen zur direkten Aktion, um sich der kapitalistischen Angriffe zu erwehren. Seit Anfang Februar 2012 hat die Belegschaft des Allgemeinen Krankenhauses der nordgriechischen Kleinstadt Kilkís (ca. 25.000 EinwohnerInnen) den Betrieb in Selbstverwaltung übernommen. Alle Entscheidungen werden seitdem von der Vollversammlung getroffen. Die Leiterin der Radiologischen Abteilung, Léta Zotáki, wandte sich in einer Erklärung an die Öffentlichkeit: „Bei dieser Besetzung geht es nicht nur um uns, die ÄrztInnen und Arbei¬terInnen des Krankenhauses Kilkís'. Ebenso wenig geht es nur um das griechische Gesundheitssystem, das tatsächlich am Kollabieren ist. Wir befinden uns in diesem Kampf, weil das, was gerade wirklich in Gefahr ist, die Menschenrechte sind. Und diese Bedrohung richtet sich nicht nur gegen eine Nation oder gegen ein paar Länder oder ein paar soziale Gruppen, sondern gegen die Unter- und Mittelschichten Europas, Asiens, Amerikas, Afrikas, der ganzen Welt. Das heutige Griechenland ist das morgige Bild Portugals, Spaniens, Italiens und aller Länder weltweit. (...) Es ist ein Krieg gegen die Menschen, gegen die ganze Gesellschaft. Jene, die sagen, dass die Schulden Griechenlands die Schulden der Menschen Griechenlands sind, lügen. (...) Die Kredite werden nicht für die Gehälter, Renten und öffentlichen Sozialausgaben verwendet. Es ist das genaue Gegenteil: Gehälter, Renten und Sozialausgaben werden benutzt, um die Banken zu bezahlen."

Auch die Entwicklung der linksliberalen Athener Tageszeitung Eleftherotypía geht in diese Richtung. Sie war eine der größten Tageszeitungen Griechenlands und zuletzt am 21. Dezember 2011 erschienen. Seitdem streikten die 800 Beschäftigten, weil sie seit August 2011 keinen Lohn ausbezahlt bekamen. Seit dem 15. Februar erscheint die Zeitung erneut - nun als Wochenzeitung in Selbstverwaltung. Damit schließt sich ein Kreis. Die Eleftherotypía war 1975 aus einem JournalistInnenstreik hervorgegangen. Es ging um den Wiederaufbau der Gesellschaft nach der Diktatur. Anfang März traten die ArbeiterInnen der Werftbetriebe in Elevsína (20 km vor Athen/Piräus) in den Streik. Hauptforderung war, dass alle in Elevsína ansässigen Firmen, eine Selbstverpflichtung unterschreiben, keine Kündigungen und Lohnkürzungen durchzuführen und sich an die ausgehandelten Kollektivverträge zu halten. Hintergrund sind die von der Troika geforderten Lohnkürzungen in der Privatindustrie, die verabschiedete Aufhebung der Kollektivverträge und die Lockerung des Kündigungsschutzes. Alle in den Werften ansässigen Betriebe haben unterschrieben - bis auf Siemens und Decon. Beide Firmen weigern sich, am Dialog mit der Arbeiterschaft teilzunehmen. Siemens versuchte im Gegenteil, ihre mehr als 100 ArbeiterInnen durch Hausbesuche und persönliche Telefonate einzuschüchtern. Während auf der Straße und in Betrieben gegen die kapitalistische Ausbeutung gekämpft wird, ringen Parlamentsabgeordnete um ihre politische Existenz. Die mächtige sozialdemokratische Pasok, die 2009 noch 44 % der Stimmen erhalten hatte, käme nach aktuellen Umfragen auf 9 bis 11 %. Knapp weniger als die Kommunistische Partei (KKE), die bei 11 bis 12 % rangiert. Für die konservative Néa Dimokratía werden 24 % der Stimmen vorhergesagt, womit sie stärkste Partei wäre (2009, 34 %). Zweitstärkste Partei könnte die Demokratische Linke (Dimar) mit 12,5 % werden. Bei Dimar handelt es sich um eine links-sozialdemokratische Abspaltung von Syriza (Allianz der radikalen Linken), die auf 8-9 % kommt. Hoffnungen auf ein knappes Überspringen der 3-Prozent-Hürde machen sich die Ökologen. Die christlich-fundamentalistische, rechtsextreme Partei Laos pendelt zwischen 5 und 6 %. Mit 3,5 % würden mit der nationalsozialistischen und rassistischen Chrysí Avgí (Goldene Morgendämmerung) erstmals harte Nazis ins Parlament einziehen. Über 50 % der WählerInnen gaben an, nicht wählen zu wollen. Nach diesen Umfragen könnte keine Partei alleine regieren. Auch gemeinsam würden die beiden ehemals mächtigen Pasok und Néa Dimokratía, die die durch nichts legitimierte Notregierung des ehemaligen EZB-Bankers Loúkas Papadímos stützen, keine Mehrheit erreichen. Weshalb Politiker wie Finanzminister Wolfgang Schäuble, die für April angedachten Neuwahlen offen in Frage stellen.

Ralf Dreis



# War starts here – let`s stop it here! III. Teil

Hier der nächste Teil unser antimillitaristischen Reihe. Für diese Zeck haben wir einen Beitrag von einigen befreundeten hamburger Genoss_innen rein genommen, die sich dem Thema von der praktischen Seite angenommen haben:

## Antimilitaristische Aktionen zum Hafengeburtstag



**Krieg beginnt hier?**
Gestern noch im Kriegseinsatz – heute willkommener Gast beim Hamburger Hafengeburtstag: Auch in diesem Jahr waren Kriegsschiffe der Bundeswehr und der Marinen anderer Staaten zu Besuch beim Hafengeburtstag. In diesem Jahr „beehrte" uns die Fregatte Mecklenburg-Vorpommern, die zuletzt im Jahr 2008, bevor sie im Rahmen der Operation Atalanta zu einem Einsatz vor Somalia aufbrach, eingelaufen war. Außerdem mit dabei war dieses Jahr das Marine-Schnellboot Zobel, das bis Herbst 2011 vor dem Libanon im Einsatz war sowie die gerade in Dienst gestellte indische Fregatte Teg und die britische Fregatte St. Albans.
Seit Jahren wird gegen die Teilnahme deutscher und anderer Kriegsmarinen am Hamburger Hafengeburtstag protestiert. Nicht nur weil Hightech-Kriegsgeräte zu Showzwecken genutzt und damit verharmlost werden, sondern auch, weil solche Auftritte bei zivilen Anlässen ein Konzept verfolgen: Akzeptanz für Militär und Militarismus und für die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr zu schaffen. Hier werden über Technikfaszination und Seefahrtsromantik neue Rekruten für die Bundeswehr geködert und die kriegerische Normalität wird mit „open ship" und „Erlebniswelt Bundeswehr" auch in die Mitte der Gesellschaft getragen.

Als Retterchen und Helferlein verkaufte sich die Marine mit dem Marinehubschrauber bei der Leistungsschau „Ihre Retter in Aktion", für die inneren Werte fand ein Ökumenischer Gottesdienst an Bord der Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern" satt. Und für alle anderen spielte das Marinemusikkorps „Ostsee" unter der Leitung von Fregattenkapitän Friedrich Szepansky auf dem Platzkonzert.

Aus diesen vielfältigen Gründen haben sich Antimilitarist_innen aufgemacht, den Hafengeburtstag aktionistisch zu begleiten:
Am Mittwochabend wurden in der Umgebung des Hafens mehrere Hundert Plakate mit dem Tenor: „Krieg beginnt hier - als Rüstungsgeschäft in Hamburg" verklebt. Einen Tag später haben Aktivist_innen rund um die Hafenstraßen Häuser und dem „Park Fiction" zahlreiche antimilitaristische Transparente aufgehängt.
Zwei vorbeifahrende Bundeswehr Fahrzeuge wurden am Samstagnachmittag an der Hafenstraße von einer Gruppe blokkiert, mit Aufklebern markiert und anschließend lautstark des Ortes verwiesen . Am selben Tag bewegte sich ein größere Menge von Antimilitarist_innen zum nahe liegenden Tropeninstitut und hängte ein Transparent mit der Aufschrift: „Krieg beginnt hier – als Forschung für die Bundeswehr" auf. Um für etwas mehr Aufmerksamkeit zu sorgen, wurde dies mit Feuerwerk und Rauch begleitet. Zusätzlich wurden Flyer von der Brüstung geworfen. Das Tropeninstitut beherbergt eine Außenstelle des Bundeswehrkrankenhauses. Dort wird im Zuge der neuen Anforderungen, die die weltweiten Kriegseinsätze mit sich bringen, geforscht.

Am Sonntag fand ein Konzert des Marinemusikkorps auf den Übersehbrücken statt. Kurz nach Einsetzen der ersten Töne erklang von mehreren Seiten ein schrilles Trillerpfeifen- und Trötenkonzert. Während des Protestes kam es zu einigen verbalen und tätlichen Entgleisungen des anwesenden Publikums und anwesender Soldaten in Zivil. So wurde eine_r Antimilitarist_in von einer Konzertbesucher_in getreten und anderen wurde versucht die Trillerpfeifen und Tröten aus den Händen zu reißen. Feldjäger versuchten, erfolglos, für Ruhe zu sorgen und mussten Lärm und Spott über sich ergehen lassen. Trotz oder gerade wegen der Empörung der Militärfans war dies für uns eine rund um gelungene Veranstaltung.
Abschließend fuhr während der Auslaufparade des Hafengeburtstages eine Barkasse mit antimilitaristischen Transparenten mit. Pünktlich dazu tauchten gegenüber den Landungsbrücken noch zwei Tapeten mit der Parole "Krieg beginnt hier - Bundeswehr Sabotieren" auf. Nach ca. 20 Minuten rückte die Polizei an und sammelte das unerwünschte Transparent wieder ein.

Krieg beginnt, wo mit Rüstung Milliarden verdient werden, wo Soldatinnen und Soldaten ausgebildet und für ihre Einsätze gesundheitlich fit gemacht werden – Krieg beginnt auch hier, auf dem Hafengeburtstag: Keine Party mit der Bundeswehr! Kommt zum antimilitaristischen Diskussions- und Aktions Camp vom 12.-17.9. gegen das Gefechtsübungszentrum in die Altmark!

War starts here – let's stop it here!



# Krieg beginnt hier! Aktionstag am 15.09.

## 15. September 2012: Gefechtsübungszentrum Altmark entern | lahmlegen | umgestalten

Mit möglichst vielen Menschen wollen wir das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) entern und den Übungsbetrieb der Bundeswehr für einen Tag lahmlegen. Wir wollen an diesem Tag zeigen, dass wir den Krieg dort, wo er beginnt, auch aufhalten können.

**Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ)**
„Das GÜZ bei Hillersleben/Magdeburg ist der modernste Truppenübungsplatz Europas." heißt es in der Eigenwerbung dieser Militäranlage. Hier beginnt der Krieg, der weltweit geführt wird.
Alle Bundeswehr-Soldat_innen, die in einen Auslandseinsatz geschickt werden, müssen sich im GÜZ einem in der Regel zweiwöchigen Kampftraining unterziehen. Manöver finden fast täglich statt; zeitliche Verzögerungen sind im Ablauf nicht vorgesehen.
Inmitten der Heidelandschaft wird ab diesem Jahr eine „moderne Großstadt" nachgebaut, „wie sie überall auf der Welt anzutreffen ist" - mit allem, was zum Üben militärischer Interventionen auch im urbanen Raum als notwendig angesehen wird: Einkaufszonen, Elendsquartiere, Straßenzüge und Plätze einschließlich U-Bahn-Station. Von militärischer Aufstandsbekämpfung („Begegnung mit Mengen aufgebrachter Menschen") bis zum Gefecht von Panzergruppen werden hier Kampfhandlungen simuliert. Das Gelände ist riesengroß und nur dort, wo feste militärisch genutzte Gebäude stehen, eingezäunt. Ansonsten ist der ganze TÜP frei zugänglich - so ergeben sich vielfältige Aktionsfelder.
Wir rufen auf zu einem Aktionstag in drei Phasen:

**Phase 1:**
**GÜZ entern –**
**Übungsbetrieb unterbrechen!**
Am 15. September wollen wir gemeinsam mit Menschen aus dem Camp*) und allen anderen, die zu dem Aktionstag kommen, das GÜZ entern: wir rufen dazu auf, den Krieg, der hier beginnt, auch genau hier aufzuhalten.
Brechen wir den „Hausfrieden" eines Ortes, der zum Üben des Krieges missbraucht wird!
Stellen wir die Verfügungsgewalt der Bundeswehr wenigstens für diesen einen Tag praktisch in Frage! Lasst uns den Platz durchkreuzen und beleben!
Ob als Demo, Groß- oder Kleingruppe; ob als Wander_innen, Pilzsammler_innen oder Waldarbeiter_innen; ob zu Fuß oder mit dem Fahrrad – wenn wir uns verteilen und von verschiedenen Startpunkten auf das Militärgelände eindringen, ist es schwer möglich, uns aufzuhalten. Der Truppenübungsplatz erstreckt sich über eine Fläche von ca. 30 mal 15 Kilometern und besteht zum Großteil aus Wald- und Heidelandschaft. Wenn wir erst mal auf dem Gelände sind, werden wir auf uns aufmerksam machen und die Bundeswehr so dazu zwingen, den Übungsbetrieb zu unterbrechen. Die BürgerInnen-Initiative gegen das GÜZ OFFENe HEIDe und die Musiker_innen der Aktionsgruppe „Lebenslaute" haben bereits vorgemacht, dass und wie das gelingen kann.

**Phase 2:**
**GÜZ lahmlegen -**
**Der Weg ist Teil des Ziels**
Wir wollen nicht nur eine Wanderung durch die schöne Heide machen, sondern dabei auch Spuren hinterlassen. Parolen, die zum Desertieren auffordern; Schilder, die nachher fehlen oder neu da stehen oder auf etwas anderes Hinweis geben; Guerilla Gardening; verschönerte Gebäude; für den militärischen Übungsbetrieb unübliche Hindernisse; (...). Jeder (Um-)Weg bringt uns unserem Ziel näher.
Der Übungsplatz ist auf 80cm Tiefe von Munitionsresten beräumt, das Schießen wird mit Laser simuliert; für verschiedenste Gruppengrößen und -neigungen bieten sich Aktionsmöglichkeiten. Überlegt euch vorher, wie ihr auf dem GÜZ mit euren Ideen und Mitteln am besten agieren könnt.
Die Feldjäger_innen und Securitys werden uns suchen – doch sie können kaum etwas anderes machen, als uns zu beobachten oder zu versuchen, Einzelne festzuhalten, die Polizei für die Übergabe am Platzrand zu verständigen und uns dann vom Platz zu fahren. Umgekippte Bäume und Sandverwehungen auf den Wegen machen es ihnen schwerer uns zu folgen. Wir können uns aufteilen, ihnen aus dem Weg gehen oder sie nerven und beschäftigen, um anderen Spielräume zu eröffnen.

**Phase 3:**
**GÜZ umgestalten –**
**Gemeinsam aktiv werden**
Nachdem wir uns in der Weite der Steppe Sachsen-Anhalts sinnstiftend betätigt haben, wollen wir uns mit allen kleineren und größeren Gruppen an einem zentralen Ort auf dem Gelände wieder treffen und ihn gemeinsam markieren und umgestalten. Wo sich dieser Ort befindet, hängt unter anderem davon ab, wo auf dem Gelände an diesem Tag geübt wird und wo wir es für sinnvoll halten.
Damit der Aktionstag ein Erfolg wird, braucht es eine breite Beteiligung und vielfältige Aktionsformen. Unser Ziel an diesem Tag ist die Verhinderung des reibungslosen Manöverbetriebes. Hier trainiert das Militär, wie Menschen angegriffen, verletzt und getötet werden. An diesem Tag werden wir das mit unseren Aktionen besonnen und entschlossen stören. Wir wollen den Widerstand vor Ort stärken und in gegenseitigem Austausch weiterentwickeln. Auch wenn wir anschlussfähige Aktivitäten vorbereiten werden, ist das Gelingen maßgeblich von euren Ideen und selbstorganisierten Aktionen abhängig.

Bringt Kompass, Wanderschuhe, geländegängige Fahrräder, Mopeds, Drachen und Alu-Decken mit.
Die notwendigen letzten Infos, einige Materialien und Hilfestellungen zum Aktionstag gibt es dann ab Freitag auf dem Camp*). Hier bieten wir auch ein Kurz-Training zum Umgang mit Kompass und Karte an.

Mehr Infos zum GÜZ, den Aufruf und das Programm zum Camp, Karten uvm. findet ihr auf: http://warstartsherecamp.org

*) internationales antimilitaristisches Camp 12. - 17. September 2012 | Colbitz-Letzlinger Heide
* Vernetzung * Information * Diskussion

## Direct-Action-Ticker

30. April:
Scheiben der Arbeitsagentur
(siehe Dokumentation)

3. Mai:
Telecom-Autos angezündet
(siehe Dokumentation)

**Doku zu den zerbrochenen Scheiben der Arbeitsagentur in Hamburg-Eimsbüttel**

arbeit?
arbeit nimmt dem leben jegliche leidenschaft. sie reduziert es auf produzieren und konsumieren. sie raubt dir zeit zu träumen und zu leben. du arbeitest für einen chef, für irgendeine firma, für den staat... ich werde mein leben nie von der arbeit bestimmen lassen!"
sie wollen uns nicht tot sehen, sondern als Sklav_innen der arbeit! doch von zeit zu Zeit muss sich ein schuß lösen um die ordnung wieder herzustellen. Wie bei christy schwundeck, die weil sie sich die schikanen nicht gefallen lassen wollte von polizisten im jobcenter in frankfurt erschossen wurde.
kraft für holger wiemann, der zu 3,5 jahren haft verurteilt wurde, da er aus wut das arbeitsamt in wuppertal angezündet hat.
wir lassen uns nichts mehr gefallen! es gibt nichts abzuwarten, lasst uns unsere leben selbst bestimmen!
solidarität mit denen, die fälschlicherweise unseres angriffes beschuldigt werden!

**Doku:**
**kapitalismus ist die krise!**

um diese einfache parole greifbar zu machen und einen praktischen beitrag zu den kämpfen für eine befreite gesellschaft beizusteuern, haben wir in der nacht zum 3. mai einige parkplätze der telekom unangemeldet besucht. wir begrüßen die intervention der berliner genossInnen (8. April 2012) und hoffen, dass die feuer, die wir in hamburg entfacht haben, auf weitere resonanz stoßen.
die telekom ist ein herausragendes beispiel für die menschenverachtende krisenpolitik des kapitals und die zunehmende zivilmilitärische zusammenarbeit in der brd.
der griechische telefonkonzern ote wurde, schon vor jahren, zu großen teilen von der deutschen telekom aufgekauft. trotz der einbrechenden wirtschaft und den sparmaßnahmen in griechenland, konnte die telekom im letzten jahr einen gewinn von fast 20 millionen euro aus der ote pressen. dieses war nur durch die harten einschnitte bei den gehältern der arbeiterInnen der ote möglich. im zuge der durch die troika durchgesetzten einsparungen und gesetzesänderungen verloren ca. 2000 angestellte der ote ihre jobs und der rest muss sich mit nullrunden, massiven gehaltskürzungen und dem verlust erkämpfter arbeitnehmerInnenrechte durchschlagen. wir sind solidarisch mit den kämpfenden menschen in griechenland und wünschen unseren genossInnen viel kraft für ihre kommenden kämpfe. Uns wird durch die bürgerlichen medien versucht weißzumachen, dass die staatlichen maßnahmen zur krisenbewältigung der betroffenen bevölkerung zugute kommen würden und wir alle den gürtel enger schnallen sollen. tatsächlich soll die hauptlast der krise auf den schultern der arbeiterInnen, erwerbslosen und migrantInnen abgewälzt werden. die von der griechischen regierung unterzeichneten verträge sehen weitreichende privatisierungen, öffnung der märkte und zahlreiche entlassungen und soziale einschnitte bei der lohnabhängigen bevölkerung vor. der neolieberalismus soll es wieder richten, aber wir haben keinen bock mehr auf diese scheiße! das wüten des globalen kapitalismus hat eine welt erschaffen, die gefährlich und grausam für seine bewohnerInnen ist. wir wollen eine welt des solidarischen miteinanders ohne ausbeutung und unterdrückung! Kapitalismus abschaffen!
auch in der zivilmilitärischen zusammenarbeit spielt die telekom ganz vorne mit. die 100%ige tochter firma t-systems ist groß im rüstungsgeschäft eingebunden. laut firmen-website: als "der ideale partner für streitkräfte und die wehrtechnische industrie" ist t-systems seit über 30 jahren für die kommunikationstechnik der bundeswehr zuständig und betreut dabei sowohl das telefonnetz der bundeswehr mit fast 3500 anschlüssen als auch die militärische satellitenkommunikation. auch glasfaserverkabelung in kriegsschiffen und information- und kommunikationstechnische angebote für den waffeneinsatz gehören in das angebot des konzerns. krieg bedeutet immer mord, leid und unterdrückung. vielen ist bekannt, dass deutschland der weltweit drittgrößte rüstungsexporteur ist, und die telekom ist teil dessen! wir werden die logik von krieg und kapitalismus nicht unwidersprochen hinnehmen und unsere aktion ist teil des gemeinsamen widerstandes gegen diese. weitere möglichkeiten, eine konsequente theorie und praxis zu entwickeln, werden sich hoffentlich auf den antifaschistischen-, antirassistischen- und antimilitaristischen camps des laufenden jahres bieten.
wir grüßen die genossInnen in den griechischen knästen!
unsere kraft und liebe für sonja und christian, ihr seid in unseren herzen!
kriegs- und krisenprofiteure angreifen, hier und überall!
für die soziale revolution - autonome gruppen

14. Mai:
Haus von Neonazi Thorsten Schuster mit Farbe beworfen

21. Mai:
Anschläge auf Nazis (siehe Dokumentation)

2. Juni:
Barrikaden und Autos brennen gegen Nazi-Demo

**doku**
**Anschläge auf Nazis:**
In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai haben wir auf verschiedene Art und Weise etlichen Neonazis im Hamburger Raum deutlich gemacht, dass sie sich nicht in Ruhe und Anonymität wiegen können. Diese Aktion steht im Kontext der Proteste um den von Neonazis geplanten Aufmarsch in Hamburg am 2. Juni 2012.
Nazis haben Namen und Adressen:
Heiko Wöhler, Lomerstraße 28
Kai Otzen, Sandkamp 7, Pinneberg
Karl-Heinrich Göbel, Hartje-Rüter-Weg 57
Thorsten Schuster, Gefionstraße 24
Mario Liebert, Fahrenkröhn 136a

Es ist in der Stadt Hamburg und weit darüber hinaus bekannt, dass Neonazis für den 2. Juni 2012 in Hamburg einen überregionalen Aufmarsch durchführen wollen. Sie möchten unter dem völkischen Motto "Tag der deutschen Zukunft - Unser Signal gegen Überfremdung" ihre menschenverachtende und auf Ausgrenzung basierende Ideologie in die Öffentlichkeit tragen. Seit 2009 zeichnen Freie Nationalistinnen und Nationalisten wie auch mit der NPD sympathisierende Kräfte für die unter diesem Motto jährlich stattgefundenen Aufmärsche verantwortlich.
Jeden Rassismus und Antisemitismus angreifen
Rassismus und Antisemitismus in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen finden sich nicht nur im Gedankengut der extremen Rechten, sondern in weiten Teilen der Gesellschaft, Politik und Medien.
Ob nun die Anfang der 1990er geführten Debatten um Schein-Asylant_innen, die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl, der erschwerte Zugang zu Bildung und Arbeit, der anti-muslimische Rassismus á la Sarazzin, der Rassismus in Schule, auf den Ämtern, auf der Straße etc.; überall ist rassistische Ausgrenzung Alltag für Menschen, die optisch nicht als weiße Deutsche zu erkennen sind.
Als Antifaschist_innen lehnen wir jede Form von Rassismus und Antisemitismus ab. Daher muss der alltägliche Rassismus der Bevölkerung wie auch die rassistische Diskriminierung durch staatliche Behörden und die staatliche Flüchtlingspolitik benannt und bekämpft werden.
Der letzte Naziaufmarsch in Hamburg, am 1. Mai 2008, war begleitet von einem massiven, breiten und militanten Protest. Damals waren über 10.000 Menschen auf den Straßen Hamburgs unterwegs, um den Neonazis deutlich zu machen, dass sie keinen Fußbreit geduldet werden. Daran gilt es in diesem Jahr anzuknüpfen.
Keine Zukunft für Nazis - Rassistische Zustände angreifen!
Verhindern wir den Aufmarsch!

## 2. Juni:
## 13 Bullenfahrzeuge abgebrannt (siehe Dokumentation)

**doku**

Am frühen Morgen des 2. Juni, in dessen weiterem Verlauf über 4000 Bullen mit Wasserwerfern, Reiterstaffeln, massiven Pfeffereinsätzen und der Einkesselung vieler Gegendemonstrant_innen den Nazis unter ihrem Beifall den Weg freiprügeln sollten, haben wir 11. Polizeifahrzeuge vor dem Hotel Treudelberg mithilfe von Brandbeschleunigern zerstört.

Wir wollten mit dieser Aktion den Antifaschist_innen auf der Straße Mut machen und ein Signal gegen die Polizei setzen, die seit Jahr und Tag Naziaufmärsche ermöglicht. Ein Signal ebenso gegen den Hamburger Senat und die Bürgerschaft, welche mit dem verlogenen „Hamburg bekennt Farbe"-Spektakel antifaschistischen Widerstand und Protest vereinnahmen wollte. Bürgermeister Scholz lügt, wenn er Hamburg als das offene Tor zur Welt bezeichnet. Für viele Menschen, die hierher fliehen, bleibt das Tor verschlossen. Lediglich für Waffen und Warenströme wird es weit geöffnet. Wir werden diejenigen nicht vergessen, die sich aus Verzweiflung und Angst vor ihren Häschern und Peinigern u.a. in Hamburger (Abschiebe-)Knästen das Leben nahmen und wir werden nicht die mit Brechmittel gefolterten Menschen vergessen, um welche sich die Hamburger Öffentlichkeit einen Dreck scherte. Bürgermeister Scholz führte die Brechmittelfolter 2001 als „Law and Order"-Innensenator ein. Achidi John starb an dieser Tortur.

Es berührt uns unangenehm, wenn Tausende ihre Hände mit bunten Karten in den Himmel heben, um 90 Sekunden ein buntes „Hamburg bekennt Farbe"-Meer zu erzeugen. Weil die Kamerateams der überregionalen Fernsehsender noch nicht bereit waren, musste diese Prozedur später noch einmal wiederholt werden.

Am 3. Advent 1992 haben 450.000 Menschen u.a. wegen des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen und der faschistischen Morde in Mölln eine Lichterkette um die Hamburger Alster gebildet. Ein antirassistischer gesellschaftlicher Aufbruch wurde damit nicht ausgelöst und war wohl auch nicht beabsichtigt. Die Verschärfung der Asylgesetze, die hunderten Nazimorde der letzten zwei Jahrzehnte, die Toten an den EU-Außengrenzen und die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Nazistrukturen hat dies nicht verhinderten.

Den Aufbau und das (bundesweite) Wirken der Hamburger Nazinetzwerke mit Schlüsselfiguren wie Rieger, Worch, Wulf etc. wurde von staatlicher Seite freien Lauf gelassen.

Der Hamburger Senat hat mit einer „weichen" Linie im Vorfeld den Naziaufmarsch möglich gemacht. Als das Verwaltungsgericht den Nazis eine vier Kilometer lange Route erlaubte, wurde dies Urteil nicht angefochten. Olaf Scholz sagt, er achte das Demonstrationsrecht und verachte die Rechtsextremisten. Wir verachten die Nazis und die staatlichen Rassist_innen und für uns gibt es auch kein Recht auf Demonstration für Nazis.

Tausende Antifaschist_innen haben am 2. Juni die Strecke der Nazis blockiert, haben sie angegriffen und immer wieder auf der Straße angehalten. Ein Abbruch der Nazidemo wäre wegen „polizeilichen Notstands" ein Leichtes gewesen – nur es fehlte am politischen Willen der Verantwortlichen. Die antifaschistischen Kräfte waren leider zu schwach, trotzdem toll, dass ihr alle da wart

Times are changing.

Antifaschistische Militante Assoziation 2. Juni





**doku**

Aktion gegen Horst Reichenbach, Leiter der „EU Task Force Griechenland", Seepromenade 45, Groß Glienicke

In der Nacht vom 13.05. auf den 14.05. 2012 haben wir das Domizil von Horst Reichenbach auf seinem Anwesen am Ufer des Groß Glienicker Sees vor den Toren Berlins mit Farbflaschen und Steinen beworfen. Ein auf dem Gelände parkendes Auto haben wir beschädigt.

In seiner Funktion als Chef der EU Task Force Griechenland sorgt Reichenbach dafür, daß die „Anpassungsprogramme" der Troika umgesetzt werden. Das heißt z.B.:

– Im Gesundheitswesen sollen über eine Milliarden Euro eingespart werden, 1,1 Milliarden für pharmazeutische Produkte und 400 Millionen im Zuge der „Verschlankung" der Verwaltung der Krankenhäuser.
– Rentenkürzungen um 20 – 40%
– Der Mindestlohn wird um 20% auf unter 660 Euro gesenkt
– Lohnsteuer von bis zu 40% im staatlichen Sektor
– Das Lohnniveau wird so lange eingefroren, bis die Arbeitslosenquote von jetzt 22% auf unter 10% zurückgegangen ist.
– Die Sicherheits- und EU-Grundrechtecharta werden außer Kraft gesetzt, es gibt kein Anrecht mehr auf freie Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, keine kollektiven Lohnvereinbarungen mehr.
– Bis Ende 2015 sollen 150.00 Angestellte und Beamte aus dem staatlichen Sektor entlassen werden.
– Liberalisierung ganzer Wirtschaftsbereiche
– Erklärung der Steuern auf Wohneigentum; Koppelung des Einzuges mit den Stromrechnungen
– Der „Schuldendienst Griechenlands" wird über ein Sperrkonto abgewickelt, was eine erhebliche Einschränkung der budgetpolitischen Souveränität darstellt.
– Privatisierung von Staatseigentum in einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro sind angedacht, z.B. Flughäfen, Bahnbetriebe, Hafenanlagen, Wasserwerke

Da sich das Leben der meisten GriechInnen dadurch extrem verschlechtert, hat Reichenbach einen hohen Bekanntheits- und Unbeliebtheitsgrad in Griechenland, viele Medien haben über ihn berichtet.

Mit unserer Aktion wollen wir sein privates Rükkzugsgebiet aus der Anonymität holen. Es gibt kein ruhiges Hinterland!

Es wir Zeit für die radikale Linke in der BRD, den Standpunkt der Beobachterin der Kämpfe in Griechenland und anderswo zu verlassen und zur aktiven Unterstützung überzugehen. Mit der Demonstration am 31. März und den bevorstehenden Aktionstagen in Frankfurt/Main vom 17. bis 19. Mai könnte ein Schritt in die richtige Richtung getan werden. Es ist zu hoffen , daß die EUROPEAN ACTION DAYS in Frankfurt ähnlich offensiv wie die Demonstration am 31. M;ärz werden.

Darüberhinaus gilt es, den AkteurInnen der Troika hier in der BRD auf die Pelle zu rücken und die Konzerne, die an den Privatisierungen in Griechenland beteiligt sind wie z.B. die Telekom, anzugreifen.

Hoch die Internationale Solidarität!
Freiheit für die revolutionären Gefangenen in Griechenland!
Freiheit für Sonja Suder!

FreundInnen von Loukanikos
Groß Glienicke Mai 2012







**doku:**

Krieg beginnt hier – Für ein entmilitarisiertes Hannover!

Am Morgen des 6. Juni 2012 haben wir auf dem Gelände des Versorgungszentrums der Bundeswehr am Alter Flughafen in Hannover-Vahrenheide Feuer gelegt, um den Fuhrpark abzufackeln.

Die Bundeswehr ist seit dem Krieg in Jugoslawien 1999 an verschiedenen Kriegsschauplätzen im Einsatz. Diese Kriege sind räumlich und zeitlich entgrenzt. Der Ausnahmezustand ist Normalzustand. Krieg ist zum zentralen Ordnungsinstrument zur Sicherung der kapitalistischen Weltwirtschaft geworden. Der »Krieg gegen den Terror« sollte die Menschen auf den permanenten globalen Krieg einstimmen. Er dient der Aufrechterhaltung des ungehinderten Transports von Rohstoffen und Waren. Er dient sowohl der Zerschlagung ökonomisch nicht verwertbarer Strukturen als auch der »Stabilisierung« staatlicher Strukturen in Regionen, die von Bürgerkriegen und unkontrollierten Flüchtlingsströmen bedroht sind. Deutschland nimmt in der Atalanta-Mission der EU in Somalia mit der Fregatte Berlin eine führende Rolle ein. Seit Mitte Mai beschießen EU-Truppen auch »Piraten-Stellungen« an Land.

Neben der direkten Kriegsbeteiligung setzt Deutschland auch mit seinen Rüstungsexporten auf vielfache militärische Eskalation. Mit der Lieferung von Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien stärkt die Bundesregierung gezielt konservative Kräfte in der militärischen Zuspitzung sozialer Konflikte. Die aktuelle U-Boot-Lieferung an Israel im sich verschärfenden Konflikt mit dem Iran ist ein weiteres Beispiel aktueller Kriegspolitik.

Der permanente Krieg hat zur Militarisierung der westlichen Metropolen geführt und seine Spuren auch im Alltagsbewußtsein hinterlassen. Seit 9/11 und dem »war on terror« sind koloniale Bilder und rassistische Stereotype allgegenwärtig. Muslime »mit Bart und Kopftuch« sind zum Feindbild der westlichen Welt schlechthin avanciert. Die polarisierten Debatten werden zunehmend durch die Logik des Krieges bestimmt: Schwarz-Weiß-Denken im erzwungenen Entweder-Oder. Alternativlos erscheint auch die zivil-militärische Zusammenarbeit z.B. von »Hilfsorganisationen« mit der Bundeswehr. NGOs, die sich dem Konzept der »vernetzten Sicherheit« nicht unterwerfen, droht die Streichung öffentlicher Gelder.

Eine Armee, die zur globalen Aufstandsbekämpfung ausgebildet ist, wird ebenfalls gegen innere Feinde eingesetzt. Der Einsatz von Tornados gegen die Demonstrationen in Heiligendamm war nur ein spektakulärer Auftakt.

Die Aussetzung der Wehrpflicht hat die Probleme, militärischen Nachwuchs zu gewinnen, verschärft. Die Bundeswehr verstärkt daher ihre Rekrutierungsversuche an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern. Überall, wo das Militär ins Zentrum der Gesellschaft drängt, ist Widerstand möglich. Krieg beginnt, wo die Bundeswehr Kriege vorbereitet, Unternehmen Waffen produzieren, Universitäten Kriege erforschen, überall wo Kriege beworben und legitimiert werden.

Vielfältiger Widerstand bedeutet markieren, blockieren, sabotieren. Krieg wird nur aufgehalten, wo er erdacht, geplant und koordiniert wird, im Herzen der Bestie. Was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten.

Im Mittelpunkt des antimilitaristischen Widerstandes in Hannover stand in den letzten Jahren das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision. Die Proteste haben einiges erreicht. Es gab erfolgreiche Mobilisierungen und Aktionen. Es scheint aber, daß die Aktivitäten gegen das Biwak nun einen Höhepunkt überschritten haben. Leider befürchten wir, daß die Verlegung des Stabes der 1. Panzerdivision, der größten Einheit des Heeres, die als Leitdivision deutsche Auslandseinsätze organisiert, nach Oldenburg zu einer Abkühlung antimilitaristischer Aktivitäten führen wird.

Ob das Sommerbiwak nun weiter in Hannover stattfinden wird, wissen wir nicht. Wir halten es aber für wichtig, mit unserer Aktion ein klares Zeichen für eine kontinuierliche und weiterführende antimilitaristische Politik und Praxis zu setzen, die über das Biwak hinausweist. Denn Hannover bleibt weiterhin ein wichtiger Standort für die Bundeswehr. Hier befindet sich die zentrale Feldjägerschule und, in der Region, der Fliegerhorst Wunstorf, ein Militärflughafen von strategischer Bedeutung.

Wir maßen uns nicht an zu glauben, unsere Aktion könnte an den aktuellen politischen Schwächen der antimilitaristischen Linken etwas ändern. Jedoch sehen wir uns weiterhin mit einer Bundeswehr konfrontiert, die auch aus Hannover in Kriege zieht, um Rohstoffe zu sichern und Handelsrouten zu beherrschen, einer Bundeswehr, die emsig trainiert, Revolten und Aufstände zu unterdrücken und niederzuschlagen.

In Anbetracht dieser Zustände und einer zudem immer enger werdenden Zusammenarbeit ziviler und militärischer Strukturen werden wir nicht dasitzen und zusehen. Krieg beginnt auch in Hannover! Erst wenn Hannover sich bedingungslos zur militärfreien Stadt erklärt, geben wir Ruhe – um dann an anderer Stelle widerständig gegen Krieg und Militarisierung vorzugehen.

Soziale Revolution gegen Krieg und kapitalistische Barbarei! Sommerbiwak angreifen! Bundeswehr abfackeln!"

# boats4people

## Stoppt das Sterben von MigrantInnen auf See! Für Freiheit und Solidarität im Mittelmeerraum

**MigrantInnen sterben auf dem Meer – warum?**

Viele MigrantInnen überqueren das Mittelmeer Richtung Europa, weil sie Überlebensmöglichkeiten und eine Chance auf ein besseres Leben suchen. Einige von ihnen werden auf dem Meer von Patrouillen europäischer Staaten unter tragischen Umständen gerettet, nur um dann mit Haft und Abschiebung konfrontiert zu werden. In den meisten Fällen werden MigrantInnen in Seenot einfach sich selbst überlassen bzw. aufgegriffen und „zurück geschoben" in Länder südlich des Mittelmeers.

Als eine Folge des Konflikts in Libyen flohen bisher fast eine Million afrikanische, asiatische und arabische MigrantInnen in die Nachbarländer Tunesien, Ägypten, Tschad und Niger und wurden dort aufgenommen. Im Gegensatz dazu reagierten die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten mit Repression. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex startete eine Operation, um MigrantInnen im Kanal von Sizilien aufzugreifen. Immer mehr Beweise kommen dafür ans Licht, dass die NATO und Staaten, die am NATO-Einsatz in Libyen beteiligt waren, nicht auf Hilferufe von MigrantInnen, die vor der libyschen Küste in Seenot gerieten, reagiert haben. Der Krieg in Libyen ist angeblich vorbei, aber der Krieg gegen MigrantInnen geht weiter, und jedes Schiffsunglück erhöht die Zahl von über 1500 MigrantInnen, die im Jar 2011 auf dem Mittelmeer starben (Quelle: UNHCR).

Gaddafi und Ben Ali wurden gestürzt, aber bis jetzt haben die Übergangsregierungen in Libyen und Tunesien nicht mit der bisherigen Migrationspolitik gebrochen. Ganz im Gegenteil: Mit der EU und Mitgliedsstaaten werden schon wieder Abkommen abgeschlossen, die die Abschiebung regeln oder Migration verhindern sollen. Ihr Inhalt ist oft geheim. Auswanderung wird nach wie vor kriminalisiert und MigrantInnen im Transit werden weiter willkürlich interniert oder inhaftiert. Militärboote stoppen MigrantInnen vor den tunesischen und libyschen Küsten mit dem Konsens europäischer Regierungen, und Lager wie das Flücht lings camp Choucha an der tunesisch-libyschen Grenze werden jetzt dazu benutzt, auf See aufgegriffene MigrantInnen zu internieren.

MigrantInnen im Camp Choucha und in italienischen Haftzentren protestieren gegen die Verletzung ihrer Rechte. Familien vermisster tunesischer MigrantInnen organisieren Protestaktionen in Tunesien und Italien, um Informationen über den Verbleib ihrer Angehörigen zu fordern.

Europäische und afrikanische Regierungen verletzen weiter internationale Abkommen betreffend die bedingungslose Rettung auf See, Asylrecht und internationalen Schutz, und das fast in völliger Straflosigkeit.

### BOATS 4 PEOPLE

Boats 4 People ist ein internationales Bündnis von Organisationen aus dem Mittelmeerraum, Afrika und Europa. Es wurde gegründet, um dem Sterben an den Seegrenzen ein Ende zu setzen und die Rechte von MigrantInnen auf dem Meer zu verteidigen.

Wir treten ein für Bewegungsfreiheit für alle.

Wir fordern:

- von der EU, ihre gewaltsamen Kontrollen der Seegrenzen zu beenden
- von den Regierungen Afrikas, mit der Vergangenheit zu brechen und sich zu weigern, Rückübernahmeabkommen mit europäischen Ländern und der EU zu unterzeichnen, die zur Verletzung der Menschenrechte von MigrantInnen führen
- von allen Ländern, die Kriminalisierung derjenigen zu beenden, die MigrantInnen retten in Übereinstimmung mit dem Seerecht, das jedem/r Seefahrer/in vorschreibt, "so schnell wie möglich Personen in Seenot zu Hilfe zu eilen, wenn er von ihrem Hilfsbedürfnis Kenntnis erhält" (Art. 9 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen).

### UNSERE AKTIONEN

Zusammen wollen wir:

- ein Netzwerk von Organisationen und AktivistInnen auf beiden Seiten des Mittelmeers und darüber hinaus aufbauen, um die kriminelle staatliche Politik zu bekämpfen, die Menschenrechte auf See verletzt
- ein Netzwerk von Seeleuten aufbauen, um sie in Alarmbereitschaft zu versetzen betreffend die Verletzung der Menschenrechte von MigrantInnen auf See
- Fahrten auf dem Meer organisieren, um Verletzungen der Menschenrechte von MigrantInnen auf See zu dokumentieren, anzuprangern und zu verhindern
- Menschen im Mittelmeerraum, in Afrika und Europa mobilisieren, so dass das Mittelmeer ein Raum der Solidarität wird und nicht mehr ein Massengrab für MigrantInnen ist.

### WIE TEILNEHMEN?

Boats4people wird seine Aktivitäten im Juli 2012 beginnen mit einer Bootsüberfahrt von Italien nach Tunesien. Die Crew wird aus AktivistInnen, ParlamentarierInnen, KünstlerInnen und JournalistInnen zusammengesetzt sein. Die geplanten Anlaufpunkte sind:

- Cecina / Italien (1.-2. Juli): Internationales Antirassistisches Treffen, organisiert von ARCI
- Palermo / Italien (5.-7. Juli): AktivistInnen werden Proteste gegen Abschiebehaft und im Hafen organisieren und die Fähre besteigen nach…
- Tunis und Monastir / Tunesien (8.-16. Juli): Proteste, Veranstaltungen und andere Aktivitäten werden organisiert parallel zum Treffen des Internationalen Komitees des Weltsozialforums
- Lampedusa / Italien (19. Juli): Symbol der gewaltsamen EU-Grenzpolitik und Ort des Abschluss-Events von B4P, gleichzeitig mit dem Start des Infestivals, eines Filmfestivals zu Migration.

Wir rufen alle AktivistInnen, MigrantInnen und Unterstützer Innen von migrantischen Netzwerken dazu auf, mitzumachen!

mehr unter: http://www.boats4people.org

# Unser klares Ja zu kritisch-solidarischen Debatten! Stellungnahme der Kampagne „Castor? Schottern!“

Wir von der Kampagne „Castor? Schottern!“ wollen uns an dieser Stelle zu dem Artikel aus der März/April-Ausgabe der Zeck mit dem Titel „Unser klares Nein zur Photoshop-Blockade“ von „undogmatische Autonome“ äußern. In dem Artikel wird behauptet, dass die Pressegruppe von „Castor! Schottern!“ bewusst gelogen hat, um ein Scheitern der Kampagne zu kaschieren und ihr einen „Münchhausen-Erfolg“ einzuhauchen. Es geht in dem Artikel auch um die Kampagne „Block Brokdorf“. Dazu werden wir wir uns nicht äußern, da die Kampagne „Castor? Schottern!“ und die Kampagne „Block Brokdorf“ zwei voneinander unabhängige Kampagnen sind.

**Ein Scheitern kann nur an entlang der Ziele definiert werden: Die diskursive Verschiebung...**

In dem Artikel wird ganz selbstverständlich davon ausgegangen, dass unser Konzept nicht aufgegangen sei. Dabei wird nicht darauf Bezug genommen, was unsere Ziele waren. Die Kampagne „Castor? Schottern!“ besteht aus vielen heterogenen Gruppen und konnte sich auf einige Ziele einigen, die hier nur sehr knapp dargestellt werden können. Dennoch sollen sie hier zum Verständnis erwähnt werden. Eine abschließende Bewertung der Kampagne von uns steht noch aus und dieser Text ist kein Ersatz dafür. Ein Ziel war, eine radikale, militante Aktionsform für viele Menschen denkbar zu machen, um den Widerstand zur herrschenden Atompolitik zu unterstreichen. Dafür nutzten wir auch offensiv die mediale Öffentlichkeit, um den diskursiven Raum für Widerstand, der sich in den letzten Jahren immer mehr verengt hat, wieder zu erweitern. Dabei wollten wir militante Aktionsformen nicht nur publik, sondern auch populär, ansprechbar und nachvollziehbar machen. Die Praxis des Schotterns, die im Wendland schon lange erprobt ist, erschien uns dafür ideal, da sie nicht großartiger technischer und logistischer Voraussetzungen bedarf. Dieses Ziel haben wir unserer Meinung nach erreicht: Die Praxis und das Wort Schottern haben sich etabliert, und z.B. bei dem Castortransport 2011 wurde von Beginn an geschottert.

**... und das reale Loch im Gleisbett**

Doch bei einer diskursiven Verschiebung wollten wir es nicht belassen, sondern wir wollten auch real mit vielen Menschen im Wendland an die Schienen kommen und dort ein Loch, das den Castortransport aufhält, schottern. Dieses Ziel konnten wir weder 2010 noch 2011 erreichen. Zwar kamen viele Menschen zur Aktion, aber in beiden Jahren gelang es uns nicht, gegen die am Aktionsort zusammen gezogenen Polizeieinheiten die Unterhöhlung des Gleisbettes in relevanter Tiefe durchzusetzen. Wir waren nicht so naiv zu glauben, dass uns die Polizei einfach so tun lassen wird und versuchten, ihr verschiedene Schnippchen zu schlagen (z.B. Fingertaktik, Ablenkungen), was mit mehreren hundert Menschen aber wesentlich schwieriger ist als mit kleineren Gruppen. Auch wenn wir uns 2011 mit selbst gebastelten Visieren und Brillen gegen Pfefferspray, Schildern und Schutzkleidung gegen die Polizeigewalt geschützt haben und auch wenn wir die öffentliche Bekanntmachung, dass wir uns schützen werden, bereits als militanten Diskurs verstehen, konnten wir das Ziel des Loches nicht erreichen. Diese Diskrepanz bleibt und ist eine unbeantwortete Frage unseres Experimentierens: Können wir es schaffen, massenhaft offensiv aufzutreten und dabei das reale Ziel erreichen oder kann so eine Form der Praxis nur in kleineren Gruppen realisiert werden? Über diese Frage diskutieren wir immer noch ausgiebig und kontrovers. Auch in der Pressearbeit haben wir diese Diskrepanz nie verheimlicht, sondern sind offen damit umgegangen. In diesem Sinne gibt es für uns Teilerfolge und Scheitern und beides wurde in Pressemitteilungen und auf Pressekonferenzen auch als solches benannt. Gelogen hat die Pressegruppe nicht.

**Die Fallstricke der Pressearbeit und der kritische Umgang mit den Medien**

Wir finden es ärgerlich, dass in dem Artikel einfach so behauptet wird, dass jegliche Kritik - auch die interne - an der Pressearbeit abgeprallt sei und die Pressegruppe stumpf so weitergemacht hätte wie im Vorjahr. Aber wahrscheinlich haben sich die Autor_innen des Artikels überhaupt nicht die Mühe gemacht, unsere Pressemitteilungen zu lesen. Denn die Pressearbeit 2011 wurde sehr wohl verändert: es wurde verstärkt darauf geachtet, mehr antiatompolitische Inhalte rüber zu bringen, die Kampagne weniger in den Mittelpunkt als vielmehr in den Kontext des Gesamtwiderstandes zu stellen, Erfolgsmeldungen (die 2010 als Ermutigungen gemeint waren) zu unterlassen u.a. Aber es gab in der Pressegruppe, genauso wie in der Kampagne selbst, unterschiedliche Auffassungen von mutmachender, unterstützender Pressearbeit. Diese Unterschiedlichkeit ist unserer Meinung nach auch fruchtbar. Die Unterstellung, die Pressearbeit hätte andere Aktionen vereinnahmt, weisen wir von uns. Zur Erklärung: Eine Kritik an der Pressearbeit 2010 war, dass wir uns implizit von militanten Aktionen abgrenzen würden, da wir diese nicht erwähnt haben. Die Kritik haben wir aufgenommen und in unseren Presseerklärungen häufig andere Aktionen erwähnt und die Wichtigkeit des vielfältigen Widerstandes betont. So ist es auch auf der Pressekonferenz am 26. November 2011 in Dannenberg geschehen. Dort haben wir sinngemäß gesagt, dass "wir uns über die Sitzblockade in Harlingen von WiderSetzen, die gerade immer noch anwächst, freuen, dass wir uns darüber freuen, dass Schienen in der Göhrde verbogen worden sind, dass wir uns über die Traktoren auf den Straßen freuen usw.“ Diese Bezugnahmen waren nicht wie im Artikel behauptet von von „Castor?Schottern!“-Schilderungen eingerahmt, sondern in der Einleitung platziert. Wenn der taz-Ticker daraus macht, dass wir gesagt hätten, dass wir die Schienen verbogen hätten, wenn diese Aussage dann vom Radio Freies Wendland ohne Quellenangabe in den Nachrichtenblock übernommen wird und alle glauben, wir hätten das so gesagt, dann können wir nur noch fassungslos mit dem Kopf schütteln. Radio Freies Wendland hat die unreflektierte Übernahme des taz-Tickers inzwischen als Fehler eingeräumt. Aber die Autor_innen des Artikels nehmen den taz-Ticker zur Grundlage für weitere Unterstellungen, wo doch für geschichtsbewusste Linksradikale und auch für undogmatische Autonome ein kritischer Umgang mit der taz selbstverständlich sein sollte.

Zusammenfassend können wir sagen, dass es den Autor_innen offensichtlich weder um eine politische noch solidarisch-kritische Auseinandersetzung geht, sondern um einen weiteren Versuch der unsachlichen Diskreditierung von „Castor? Schottern!“ und um eine Schmutzkampagne gegen eine einzelne Person aus der Pressegruppe von „Castor? Schottern!“. Beides ist unredlich und in keiner Weise weiterführend in einer politischen Debatte.

Mit atomfeindlichen Grüßen
„Castor? Schottern!“
Mai 2012

# Das Weite Suchen – Europaweit Campen gegen fossil-nukleare Verhältnisse

Sommerzeit - Reisezeit, denn zumindest in Hamburg legt das Wetter nahe, den üblichen Ort einmal zu verlassen. Und da die Zeck neben dem Anspruch Inhaldiches zu bieten auch einen praktischen Mehrwert haben soll, folgen in dieser Ausgabe vor allem die energiepolitischen Reisetips für die kommende Sommersaison. Sicherlich, die Auswahl ist schwer, denn es gibt ja auch noch die Möglichkeit sich antirassistisch (http://noborder.antira.info/de), antifaschistisch (http://www.antifacamp.org/) oder anti-militaristisch (http://www.warstartsherecamp.org/) niederzulassen, doch wir sind sicher das für jede was dabei ist.

**Nukleares**
**Los geht's in**

## Polen 23.07.-29.07.

findet das EYFA Youth Gathering at Anti-Nuclear Camp (http://eyfa.org/activities/projects2/anti_nuclear_camp) in Lubiatowo an der Ostsee statt. Neben der Vernetzung untereinander , und dem erlernen von Skills soll das Camp auch dazu dienen mit der lokalen Bevölkerung in einen Austausch über Energiepolitik zu treten. Ganz in der Nähe von Lubiatowo gab es Ende der 80er Jahre bereits einen ersten Versuch ein AKW in Polen zu bauen. Doch durch einen sehr energischen Widerstand konnte das AKW in Zarnowiec verhindert werden. Aktuell sind die Pläne für einen AKW Neubau in Polen weit voran geschritten, aber die Endgültigen Entscheidungen noch nicht gefallen. Höchste Zeit also um auch kritische Stimmen in die Debatte einzubringen. Für deutsche Teilnehmer_innen könnte dabei von besonderem Interesse sein aus dem bisher erfolgreichen Kampf in Polen zu lernen, denn immerhin laufen in der BRD noch 9, in Polen noch kein einziges AKW.
Arbeitssprachen: Polnisch, Englisch

## 30.07.2012 – 03.08.2012 Döbeln

Direkt im Anschluss, oder gar auf der Rückreise gibt es ein Internationales Skillsharing- und Netzwerktreffen im Projekthaus Döbeln.
Es werden Menschen aus etwa 10 europäischen Staaten erwartet, die sich eine Woche lang gegenseitig in verschiedenen Skills trainieren wollen. Daneben wird es workshops und auch eine Exkursion zum nahe gelegenen ehemaligen Uranbergbau geben.
Von Döbeln aus wird es auch die Möglichkeit geben gemeinsam zum nächsten Anti-Atom-Camp nach Finnland zu fahren.
Kontakt
Nuclear Heritage Network
Am Baerental 6, D-04720 Doebeln
Tel: +49 3431 5894177
E-Mail: contact ÄTT nuclear-heritage.net]{{Spamschutz}}
http://nuclear-heritage.net
Arbeitssprachen: Englisch, Deutsch

## 06.08.-13.08.12 Finnland

Olkiluoto-Blockade (AKW-Neubau) und Anti-Atom-Camp an der Westküste Finnlands. Finnland ist das aktuelle El Dorado der europäischen Atomindustrie. In Olkiluoto wird seit Jahren an einem neuen Monsterreaktor (EPR) geschraubt, der das AKW Brokdorf weit in den Schatten stellen soll. Und obwohl sich die Bauarbeiten dort schon um mehrere Jahre verzögert haben und die Kosten weit aus dem Ruder gelaufen sind, soll noch in diesem Jahr der Bau von einem weiteren Reaktoren genehmigt werden. Wie schon im Vorjahr wird das Camp nicht nur zum Austausch und für workshops dienen, sondern am 11.8. auch das AKW bzw. die Bauarbeiten blockieren.
http://www.olkiluotoblockade.info
Arbeitssprachen: Finnisch, englisch, Schwedisch und Deutsch

## 24.08.-26.08. Schacht Konrad

Zum Abschluss der diesjährigen anti-nuklearen Campsaison gibt es dann noch etwas zu Feiern. Die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad feiert ihren 25ten Geburtstag, und damit ein viertel Jahrhundert Widerstand gegen das geplante Endlager im ehemaligen Erzbergwerk Schacht Konrad.
Direkt am Schacht in Salzgitter-Bleckenstedt wird es Workshops, Filme, Konzert und Kinderspaß, Erkundungsspaziergänge, Aktionstrainings und eine Rallye rund um den Schacht geben.
Infos: http://www.ag-schacht-konrad.de
Arbeitssprache: Deutsch

**Fossiles**

Noch bevor die Aktionen gegen die Atomanlagen starten, geht es jedoch schon gegen den Abbau von Kohle und den Betrieb von Kohlekraftwerken los.

## 12.07.-18.07. Glasgow

Nach dem Ende der sehr erfolgreichen britischen Klimacamps (2006-2010) findet dieses Jahr unter dem Motto "Holt Euch das Land zurück" im Douglas Valley bei Glasgow ein Aktionscamp statt. Am 14. Juli ist eine Massenaktion geplant, bei der die Arbeiten in den Kohletagebauen gestört werden soll. In Schottland fanden in der Vergangenheit mehrere Besetzungen gegen Kohletagebaue statt, so etwa 2010 in Mainshill und in Happendon, wo jetzt das Camp stattfinden soll. Aktivisten der Waldbesetzung im Hambacher Forst planen eine gemeinsame Anfahrt nach Schottland Seit April halten Klimaschützer dort ein Stück Wald besetzt, das für den RWE-Tagebau Hambach in Nordrhein-Westfalen abgebaggert werden soll.

## 03.08.-12.08. Hambach

Gegen den Braunkohletagebau Hambach richtet sich das diesjährige rheinische Klimakamp in Hambach. Neben dem Riesigen, uralten Hambacher Forst ist auch die Gemeinde Manheim akut durch die Schaufelbagger der RWE bedroht. Die 5 Großkraftwerke des Reviers, die durch die drei Braunkohletagebaue in Inden, Garzweiler und Hambach versorgt werden, stellen mit 100 Millionen Tonnen CO2 die größte CO2- Quelle Europas dar. Am 10. und 11.08. wird es ein Klimacamp-Solidaritätfestival geben, um die Besetzung im Hambacher Forst zu unterstützen. Daneben wird es weitere Aktionen geben die sich gegen den dreckigsten aller Energieträger, die Braunkohle, richtet. Als Alternative formulieren die VeranstalterInnen: „Hier lautet unsere Perspektive Energie-

demokratie, d.h. die Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne und der Aufbau einer sozialen, ökologischen und dezentralen Energieversorgung in Bürger_innenhand. Nur ein solidarisches und partizipatives Gemeinwesen ist ein Schutz vor den Abhängigkeiten des wachstumsgetriebenen Kapitalismus mit einem endlosen Hunger nach fossil-atomaren Brennstoffen."
Arbeitssprache: Deutsch

## 11.08 - 19.08. Lausitz

Direkt im Anschluss an das rheinische Klimacamp zieht die Karawane weiter in die Lausitz, dem anderen großen Braunkohlerevier in der BRD. Das Camp findet wie schon im Vorjahr in Jänschwalde/Janšojce statt, und richtet sich neben dem Braunkohletagebau dort, auch gegen den Bau eines weiteren dort von Vattenfall geplanten Braunkohlekraftwerk. Neben der vertreibung der einheimischen Bevölkerung verweist die Vorbereitungsgruppe in ihrem Aufruf darauf das: „Klimagerechtigkeit bedeutet, anzuerkennen, dass das Wachstumsparadigma, welches zur maßlosen Ausbeutung von Rohstoffen, Überproduktion und Überkonsum führt, in einem grundlegenden Widerspruch zu den biophysikalischen Grenzen des Planeten und dem Kampf um soziale Gerechtigkeit steht. Deshalb richten wir unseren Blick auf eine Gesellschaft, die ihre historische Verantwortung anerkennt und danach strebt, die globalen Gemeingüter zu schützen. Wir wollen nicht länger von den Profitinteressen der Energiekonzerne abhängig sein, sondern ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben führen.
Deshalb kämpfen wir, als Teil einer weltweiten Bewegung, für die Schaffung von demokratischen und dezentralen Strukturen. „
Den vollständigen Aufruf, und weitere Infos zum Camp findet ihr unter: www.lausitzcamp.info/

Wir sind gespannt auf Eure Berichte von den Camps



# Flora Termine Juli

**So 01.07. 17 Uhr**
Graf Orlock (Hollywoodgrind aus Los Angeles) + Millions of Them (Chaotic HC aus Antwerpen/Belgien) + The Bleeding (aus HH).
Orga: Our Turn

**Mo 02.07. 21 Uhr**
Loma Prieta (Screamo/Emo Violence aus San Francisco)
+ AAS (aus HH).
Orga: Our Turn

**Fr 06.07. 15 Uhr**
DIY/HC/Punk/Emo-Festival: "Loss of Breath Fest 2012" (Tag 1/2). Heute: "Adorno" (HC/Punk aus Portugal) + "Alpinist" (HC/Screamo/Crust aus Münster) + "Beyond Pink" (HC-Punk aus Malmø) + "Cowboy Poetry" (Singer/Songwriter aus Trier) + "Locktender" (Screamo aus Cleveland/USA, Ex-Men As Trees), "Masakari" (HC/Crust aus Cleveland/USA) + "Sailing On" (HC aus Karlsruhe/Heidelberg). Vorverkauf für beide Tage: 10€.

**Sa 07.07. 15 Uhr**
DIY/HC/Punk/Emo-Festival: "Loss of Breath Fest 2012" (Tag 2/2). Heute: "Barren" (HC aus Berlin, Ex-Zann) + "I Found Myself in Austin, Texas" (Emo/Post-Punk aus HH) + "Light Bearer" (Post-Metal/Atmo. Sludge aus GB) + "Manku Kapak" (90er Emo aus Bremen) + "Momentum" (HC aus London) + "Planks" (Sludge aus Mannheim) + "The Blue Screen of Death" (Riot-Grrrl-Elektropunk aus Göttingen) + "Republic of Dreams" (Screamo aus D-land/Polen mit Leuten von Louise Cyphre) + Henri Parker (Folk-Singer/Songwriter aus HH).

**Mo 09.07. 21 Uhr**
Unveil (HC aus der Ostschweiz)
+ Run With The Hunted (HC aus Phoenix/USA).
Orga: Our Turn

**Do 12.07. 21 Uhr**
886VG (Harsh Noise aus Chile) + Rainer Deutschmann und seine 'Freunde (experimenteller Noise aus HH).
Dazu DJs. Orga: Radio Gagarin

**Fr 13.07. 22 Uhr**
"All my friends are bad kids!" - Live-Hip-Hop: Mart & Sleiwas, Cirkel A, Forty MC, Slowy Mosen, Sma + DJ Fine.
Dazu DJs auf 2 Floors: Drum & Bass + Trash/80er/90er/Electro. Prozesskosten-Soli (wegen einer Aktion vor einer Vattenfall-Geschäftstelle).

**So 15.07. 19.30 Uhr**
Autonome Vollversammlung für Gruppen und Einzelpersonen.

**21 Uhr**
The River Card (HC aus GB) + Hunger (HC aus Vermont/ USA, Ex-Unrestrained) + As We Were (HC aus Vermont/USA).
Orga: Epic Problem

**Di 17.07. 21 Uhr**
Titan (Screamo/Metal aus Toronto/Kanada) + Lentic Waters (Screamo/Crust aus Münster) + Meursault (Folk/Punk aus Essen).
Orga: Epic Problem

**Do 19.07. 23 Uhr**
subspAce (Techno/Minimal) -
Felix Lorusso(HH), Ira&l(HH) + Gast

**Sa 28.07. 20 Uhr**
Dubcafé-Soli-Party/Konzert.
Live: Resident Allstars (Reggae aus HH).
Danach Dubcafé-DJs (Roots/Reggae/Dub).

**Mo 30.07. 20.30 Uhr**
In the Hearts of Emperors (Crust/HC/Doom aus Schweden)
+ Trapped Under Ice (HC/Moshcore aus USA) + AYS (HC/Punk aus NRW) + Grieved (Dark HC aus Schweden)
+ No Omega (HC/Post-Metal aus Stockholm).
Orga: Epic Problem + Our Turn

## Regelmässige Termine in der Flora

**Montag:**
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
**Dienstag:** Dubcafé 19 - 23 Uhr
**Mittwoch:** artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
**Donnerstag:** Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
**Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr**